

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Coppingerstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltweite 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatangelegenheiten ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 32

Stuttgart, den 9. August 1902

18. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Finsterwalde kann von jetzt ab Arbeitslosenunterstützung erhoben werden.
2. Die Zahlstelle Bahz i. B. ist aufgehoben worden.
3. Das Mitgliedsbuch Nr. 34829, ausgestellt auf den Namen Ludwig Winter aus Neudeck, ist dem genannten Mitglied in Jena sammt der Legitimation am 2. August entwendet worden. Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt werden, so ist dasselbe einzubehalten und an den Verbandsvorstand einzufenden.
4. Das Mitgliedsbuch Nr. 27439 ist dem Mitglied Buchbinder Ludwig auf der Reise zwischen Wolfenbüttel und Halberstadt am 27. Juli verloren gegangen. Falls das Buch beigebracht wird, sollte dessen Einfindung an uns erfolgen.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Die Geschäftslage in unserem Gewerbe.

Im Bericht der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft für das Jahr 1901 befinden sich auch einige Angaben über unser Gewerbe. Ueber die Buchbinderei selbst wird zwar wenig Bemerkenswertes berichtet; dagegen sind einige interessante Mittheilungen über die Geschäftslage in der Luxuspapier-, der Album-, Portefeuille- und Lederwarenfabrikation enthalten. Die Ermahnung und Mittheilung dieser Äußerungen einer solchen Gesellschaft, die über ein hohes handelsgewerbliches und handelspolitisches Verständniß verfügt, sind um deswillen besonders interessant, weil die Abnahme des Exportes auch unserer Fabrikate nach dem Ausland auf die Weinrückbildung des Wirtschaftsmarktes zurückgeführt wird, die durch den deutschen Zollkrieg erzeugt worden ist. Die Wirkung der höheren Zölle zeigt sich damit also schon vor Inkrafttreten der agrarischen Wünsche.

Der Export der Luxuspapier-Industrie hat im Verkehr mit Oesterreich, Belgien und Frankreich wesentlich gelitten, woran wohl vor allen Dingen der allgemeinen Geschäftslage die Schuld beizumessen ist; in Oesterreich mögen außerdem die langjährigen ungünstigen inneren Verhältnisse besonders mitgesprochen haben; in Frankreich und Belgien war es nicht anders zu erwarten, als daß nach der durch die Pariser Ausstellung besonders angeschwollenen Exportzahl des Vorjahres ein Abschlag kommen mußte.

Beinahe auf der Höhe des Vorjahres hat sich England und Rußland gehalten; für England bei seinen andauernden auswärtigen Verwicklungen immerhin noch kein über Erwarten ungünstiges Resultat. In Dänemark, Schweden und Norwegen hat sich der Aufschwung des vorigen Jahres im deutschen Export fortgesetzt, was wohl auf eine Befundung der dortigen Verhältnisse schließen läßt. Die Vereinigten Staaten von Amerika erbringen

wieder durch ihre selbst gegen das günstige Vorjahr gesteigerten Exportzahlen einen neuen Beweis ihrer Blüthe und dauernd günstigen Geschäftslage. Der Export der Luxuspapierindustrie ist mit wenigen Ausnahmen und die Geschäftslage derselben im Allgemeinen als eine zur Zeit sehr ungünstige anzusehen. Die Gründe hierfür liegen bei dieser beinahe bis zur Hälfte ihrer Produktion auf den Weltmarkt angewiesenen Industrie nicht zum Geringsten in der Unsicherheit unserer künftigen zollpolitischen Verhältnisse. Unsere Industrie braucht keinen Zollschutz, sofern ihr nur nicht ihre Rohmaterialien, besonders das Papier, durch Zollsätze vertheuert werden. Wohl aber muß uns durch langfristige Handelsverträge mit dem Ausland die Möglichkeit geboten werden, unsere Stellung auf dem Weltmarkt zu behaupten.

In der Album-, Portefeuille- und Lederwarenfabrikation hat der Geschäftsrückgang, welcher 1900 begann, im Jahre 1901 fortgebauert. Das Geschäft blieb gleichmäßig ruhig; selbst der Herbst brachte im Allgemeinen nicht die gewohnte Beschäftigung. Deshalb war es in manchen Fällen schwer, die gedrückten Preise für die fertigen Artikel zu behaupten, während Materialien durchschnittlich nicht billiger waren, die hohen Lederpreise eher noch eine Steigerung erfuhrten. Die Geschäftsschwierigkeiten drängten wieder zur Herstellung möglichst billiger Artikel und geringerer Qualitäten.

Die Ausfuhr, auf welche die Lederwarenfabrikation zu einem wesentlichen Theile angewiesen ist, erlitt im Ganzen eine Einbuße von ca. 15 Prozent gegen 1900. Die Vereinigten Staaten von Amerika bezogen von Berlin, nach Ausweis des Konsulats, Alben (größtentheils mit Zelluloid-Deckeln) im Werthe von 228 346 Dollar (circa 959 000 Mk.), Lederwaren im Werthe von 34 705 Dollar (ca. 145 705 Mk.), welche Beträge zwar 7 bis 10 Prozent höher sind als diejenigen von 1900, aber gering gegen frühere Entnahmen. Das Geschäft mit England war, trotz der dort obwaltenden Hemmnisse, befriedigend. England nimmt die Hälfte der Gesamtausfuhr Deutschlands an seinen Lederwaren auf, das ist fünfmal so viel, wie Rußland, Frankreich, Spanien, Italien und Oesterreich-Ungarn zusammen genommen, wo hohe Eingangszölle das Geschäft behindern.

Einfuhr von Album- und Lederwaren findet fast gar nicht statt, und die Fabrikation bedarf keines Schutzzollens. Von den im Zolltarifgesetz-Entwurf aufgestellten Erhöhungen der Lederwarenzölle von 50 und 70 Mk. auf 65, 80 und 120 Mk. wird ungünstige Einwirkung auf die Tarife anderer Länder, zu weiterem Nachtheil der Ausfuhr, befürchtet. Auch die beabsichtigten Zollserhöhungen für Leder werden, da manche ausländischen Sorten unentbehrlich sind, als eine Geschäftsschwierigkeit empfunden.

Von der Buchbinderei ist interessant zu wissen, daß der Versand von Büchern und Drucksachen im Jahre 1900 8006 Tönnen betrug, davon

gingen 6604 Tönnen über den Anhalter Bahnhof (meist nach Leipzig), während auf dem Anhalter Bahnhof (meist von Leipzig) nur 3819 Tönnen für Berlin anlangten. An Papier und Pappen kamen 157 500 Tönnen nach Berlin, deren Hauptverbraucher die Berliner Zeitungen und Zeitschriften mit ihren Massenaufgaben waren.

Ein Beitrag zur Geschichte der Farbdruck Schnellpresse.*

Die Schnellpressenfrage ist eine derjenigen Fragen, welche die Kollegen seit Jahren diskutiert haben und die wohl auch in Zukunft noch eifrig besprochen werden wird, befürchtete man doch schon vor Jahren von einem weiteren Umsichgreifen der Schnellpresse den Niedergang, wenn nicht den völligen Untergang desjenigen Zweiges unseres Gewerbes, deren Mitglieder man früher die Elitetruppe unserer Organisation nennen konnte. An der Hand der bis jetzt gemachten Erfahrungen wollen wir nun untersuchen, inwieweit diese Befürchtungen berechtigt sind, und gleichzeitig wollen wir den Kollegen in knappen Zügen ein Bild von den verschiedenen Systemen der Schnellpressen geben.

Die Versuche, die Arbeit des Pressers durch Maschinen herzustellen, an welchen der Presser nur den dienstharen Geist vorstellt, welcher der Maschine immer neues Material zuführt, sind nicht neueren Datums. Schon vor ungefähr 20 Jahren gab es solche Pressen mit selbstthätigem Farbwerk und selbstthätiger Aus- und Einföhrung des Tisches resp. Schlittens. Die Arbeiten fielen jedoch so minderwerthig aus, daß man gar bald von weiteren Versuchen Abstand nahm und das Arbeitsfeld den Pressern überließ. Dadurch ist wohl auch das Gefühl der Presser, daß ihre Arbeit nicht durch die Maschine ersetzt werden kann, allgemein geworden. Als man vor nunmehr 7 Jahren aufs Neue daran ging, Versuche mit Ziegeldruckpressen, ähnlich den von Buchdruckern gebrauchten, zu machen, begegnete dieses Beginnen nur mitleidigem Lächeln, hatte man doch die feste Ueberzeugung, daß der Liebe Mühe umsonst sei und die zunächst gelieferten Arbeiten schienen dies auch zu bestätigen, wanderten sie doch

* Ann. d. Red. Mit Beifolgendem wollen wir gewissermaßen eine Neuerung in unserem Verbandsorgan einföhren. Neben der Behandlung der Fragen, die den Verband und unser Gewerbe beröhren und der Erörterung derjenigen wirtschaftlichen Fragen, die vorwiegend die Gewerkschaftsbewegung angehen, scheint es uns eine Aufgabe unserer Fachpresse zu sein, auch in fachtechnischer Beziehung bildend auf unsere Mitglieder einzuwirken, wobei gerade in unserem Gewerbe den täglichen Verbesserungen in der Maschinenfabrikation einige Aufmerksamkeit zu schenken wäre.

Nach mehrfachen Bemühungen ist es uns gelungen, diese Idee, mit der wir uns schon lange trugen, der Verwirklichung nahe zu bringen, indem in der Person eines Leipziger Kollegen Jemand gefunden wurde, der die Aussicht bietet, diesen Stoff beherrschen zu können. Anfragen und Auskünfte bei Maschinenfabriken haben deren bereitwilligstes Entgegenkommen gezeigt.

Projektiv ist, diese Artikel, die, je nach vorliegendem Stoff, voraussichtlich in größeren Zwischenräumen erscheinen werden, mit erklärenden Abbildungen eventuell mit erläuternden Zeichnungen zu versehen. Von der Art der Aufnahme dieser Neuerung in Verbandskreisen wird es abhängen, ob die Redaktion diesen Versuch fortföhrt.
G. Sch.

zum großen Theil in den Spänefeller. Durch kleine Verbesserungen an den Maschinen, vor Allem wohl aber durch die Schulung der betreffenden Arbeiter, gelang es doch gar bald, nicht nur „leidliche“, sondern mitunter auch gute Arbeit zu liefern. Bei der Tarifbewegung 1896/97 war die Schnellpressenfrage schon so brennend, daß die Festsitzung eines Minimallohns für die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter eine Nothwendigkeit ward, und von diesem Zeitpunkt an kann man auch von einer stetig steigenden Einführung der Schnellpressen reden. Selbst Prinzipale, die auf gute Ausführung der Deckenpressung ihr Hauptaugenmerk richteten, gingen dazu über, einzelne Ziegeldruckpressen anzuschaffen, einestheils mag sie die leidige Konkurrenz, anderentheils wohl auch die Ueberzeugung dazu gedrängt haben, daß eben doch brauchbare Arbeiten daran herzustellen sind. Dazu kommt noch die Konkurrenz der Maschinenfabriken, die sich gar bald auf diesen Artikel legten. Heute bringen Schelter & Giesecke-Leipzig, Rockstroh & Schneider-Dresden und neuerdings Hogenforst-Leipzig Ziegeldruckpressen für unsere Zwecke auf den Markt. Die Fabriken jedoch, deren Spezialität es seit jeher war, Maschinen für unseren Beruf zu liefern, brachten gar bald ebenfalls Maschinen auf den Markt, die wir immer als „Farbdruck Schnellpressen neuerer Systeme“ bezeichneten. Diese dürften es wohl auch sein, welche in Zukunft den Ziegeldruckpressen den Rang ablaufen, hat doch die Maschinenfabrik von August Fomm-Leipzig bis jetzt allein schon 61 solcher Pressen verkauft. Es muß dies mit ein Beweis dafür sein, daß die von der Maschine geleistete Arbeit der des Handpressers nahezu gleichgestellt, in mancher Beziehung sogar über ist. Soweit sind wir nun gekommen, daß das, was vor 7 Jahren noch mitleidig belächelt wurde, heute auch in Bezug auf Güte der Arbeit mit dem Handpresser eine Konkurrenz aushalten kann.

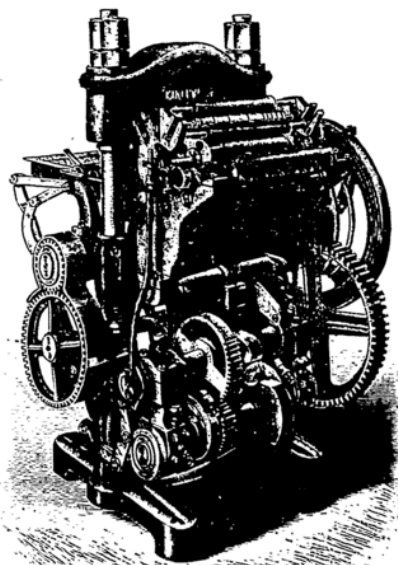
Damit haben wir die Entwicklungsgeschichte der Schnellpressen in kurzen Strichen gezeichnet und wollen nun dazu übergehen, die verschiedenen Systeme einer kurzen Besprechung zu unterziehen.

Die Gruppe der Ziegeldruckpressen dürfte allgemein bekannt sein, sie sind, wie schon gesagt, den bei den Buchdruckern gebräuchlichen ähnlich. Der Druck erfolgt in vertikaler Richtung. In Folge eines ausgezeichnet funktionirenden Walzwerkes ist es möglich, die feinste Kontur so sauber zu drucken, wie es an der Handpresse kaum zu erreichen sein dürfte. Darin liegt ein großer Vortheil, den alle Maschinen gemein haben: die zu druckende Platte wird gleichmäßiger eingewalzt, als dies die beste Aufwalzerin zu thun vermag, außerdem können die Walzen so gestellt werden, daß sie ganz leicht über die Platte gehen, ein „Zuschmieren“ feiner Konturen also nicht möglich ist. Bei den Maschinen der Firma Schelter & Giesecke gehen außerdem die Walzen nur einmal über die Platte, d. h. beim Heruntergehen walzen 2 Walzen auf, beim Zurückgehen schalten diese von selbst aus und 2 frische Walzen treten an deren Stelle. Das Arbeiten an diesen Maschinen erfordert große Aufmerksamkeit, einzelne Arbeiter haben schon Finger, Hand, oder gar einen Arm in Folge Unachtsamkeit eingebüßt, sie sind also Zeit ihres Lebens zum Krüppel geworden. Auf diese Unglücksfälle ist es zurückzuführen, daß man sich große Mühe giebt, einen Fingerschutz zu konstruiren, der Unglücksfälle verhüten soll. Ob dies nun mit dem jetzt in Gebrauch gekommenen erreicht worden ist, erscheint uns zweifelhaft. Eine irrige Annahme der Kollegen war es, wenn man glaubte, daß durch den Fingerschutz die Leistungsfähigkeit der Maschine beeinträchtigt werde. Das ist nicht der Fall.

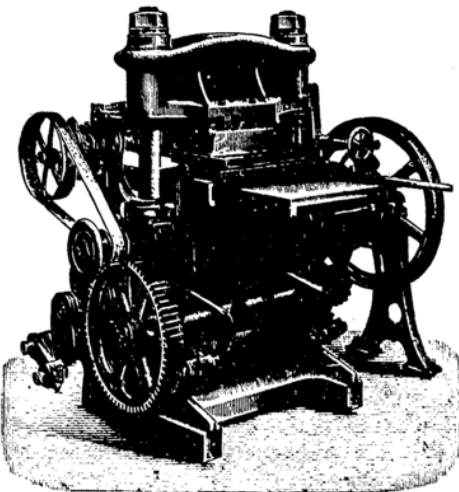
Die Firma Karl Krause hat drei verschiedene Maschinen in den Handel gebracht, während eine weitere der Vollendung entgegen geht. Unser Bild zeigt diejenige der Maschinen, von welcher praktische Erfahrungen vorliegen, da sie zur Zeit in unserem Beruf wohl mehr Abnehmer gefunden haben dürfte, als die anderen zwei.

Diese Presse wird in zwei Größen gebaut. 33 : 43 Zentimeter und 50 : 60 Zentimeter Druckfläche. Erstere liefert 12 bis 18, letztere 10 bis 15 Drucke in der Minute. Außer diesen wird aber noch ein kleineres Modell mit einer Druckfläche von 22 : 18 Zentimeter gebaut, welches auf den Wertisch gestellt werden kann. Diese Maschine

unterscheidet sich von den anderen dadurch, daß statt der Ziegelplatte ein weiterer Schlitten angebracht ist, welcher sich über die Auftragwalzen hinweg



bewegt. Die Walzen stehen also fest, während bei den anderen Maschinen die Walzen mit dem Schlitten in Verbindung gebracht sind, sobald also der Schlitten ausfährt, gehen die Walzen über die Gravur. Es würde zu weit führen, wollten wir das Walzwerk jeder einzelnen Maschine beschreiben, es sei deshalb nur gesagt, daß sämtliche Systeme mit einem Zylinderfarbwerk ausgerüstet sind, wie wir es weiter unten ausführlich beschreiben werden, kleine Unterschiede sind selbstverständlich vorhanden, doch fallen dieselben nicht sehr ins Gewicht. Die Maschinen sind in einer ganzen Anzahl Werkstätten in Gebrauch und haben sich gut bewährt, nur finden wir, daß die Verbindung der Auftragwalzen mit dem Schlitten beim Drucken strenger Farben (namentlich Schwarz) ein Nachtheil ist, dem unbedingt abgeholfen werden müßte. Die zweite Maschine ist mit einem drehbaren Tisch versehen und hat zwei Druckflächen, während die eine Fläche unter Druck ist, wird auf der anderen neu aufgelegt. Auch bei dieser Maschine ist das Farbwerk feststehend, der obere Schlitten gleitet also über die Walzen. Es sollen mit dieser Maschine 25 Drucke in der Minute geliefert werden können. Damit noch nicht genug, baut jetzt die Firma ihre bekannten Blispresen auch mit Farbwerken. Die Leistung einer solchen Maschine kann bis zu 36 Drucke in der Minute betragen, sie wird natürlich von zwei Personen bedient, es kann aber auch ein Tisch ausgeschaltet werden, so daß sie als einfache Presse gebraucht werden kann. Wie sich diese Maschine in der Praxis bewähren wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls sieht man aber daraus, daß die Entwicklung der Farbdruck Schnellpressen noch lange nicht abgeschlossen ist.



Wir gehen nun dazu über, die Fomm'schen Maschinen zu betrachten. Unser Bild zeigt die größte derselben mit einer Druckfläche von 54 : 42

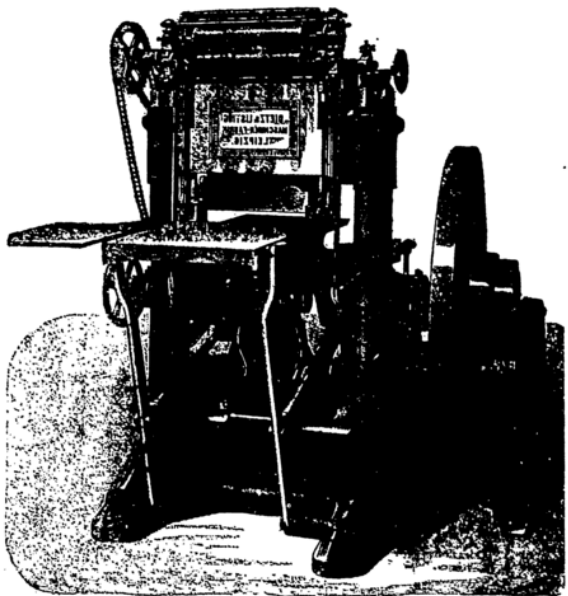
Zentimeter und einer Durchschnittsleistung von 13 Drucke in der Minute. Die nächste Größe hat eine Druckfläche von 48 : 34 Zentimeter und die darauffolgende eine solche von 41 : 30 Zentimeter bei der gleichen Durchschnittsleistung wie die erstere. Wir benützen die im Katalog enthaltene Beschreibung, soweit sie durch die Erfahrung gerechtfertigt erscheint.

Die Presse ist mit einem für alle vorkommenden Farbendrucke verwendbaren Farbwerk ausgestattet, dient aber nach dessen Abstellung, die nur einen einzigen Handgriff erfordert, ebenso vorthellhaft für schwere Blind-, Hoch- und Golddrucke. Je nach Wunsch kann man die Presse ununterbrochen laufen oder nach jedem Drucke ausrücken lassen. Der Uebergang von einer zur anderen Arbeitsweise bedingt nur die Verschiebung einer Rolle. Das Farbwerk ist ein Zylinderfarbwerk, ähnlich desjenigen an der Ziegeldruckpresse, arbeitet unabhängig von der Tisch- resp. Schlittenbewegung und bietet Garantie für sparsamsten Farbenverbrauch. Es besteht aus 4 Auftragwalzen, 3 Verreibwalzen, 1 eisernen Druckwalze, 1 abnehmbaren Wechselreiber mit rotirender und seitlicher Bewegung, 2 Farbzyllindern ebenfalls mit rotirender und seitlicher Bewegung, Farbklappen mit Speisewalze und Farbmesser mit Feinstellung und 1 verstellbaren Schaltwerk für die Speisewalze. Das Farbwerk basiert auf einem durch Reichspatent geschützten Verfahren, bei welchem jede Auftragwalze nur einmal über die Gravur läuft. Die Einfärbung der Gravur wird also von einem Theile der Walzen bei ihrem Vorwärtsgange, von dem anderen Theile aber auf dem Rückwärtsgange bewirkt und dadurch gestaltet sich diesebe auch bei Verwendung strenger Farbe zu einer tadellosen. Die Auftragwalzen treten ihren Weg erst an, nachdem der Schlitten seine Außenstellung eingenommen hat. Dieses Verfahren hat sich viel vorthellhafter erwiesen, als dasjenige, bei welchem die Bewegung der Walzen von derjenigen des Schlittens abhängig gemacht ist, weil in diesem Falle die Walzen sich zugleich mit dem Schlitten in Bewegung setzen und in Folge dessen eine von der Gravur nicht rechtzeitig abzubringen gewesene Decke entweder auf der Innenseite eingefärbt oder auch von den Walzen in sich zusammengehoben wird. Ein weiterer Vorzug dieser Konstruktion besteht darin, daß man die Farbzyllinder mit dem Wechselreiber, der Druckwalze und den Verreibwalzen zum Zwecke der vorherigen guten Farberverreibung auch für sich arbeiten lassen kann. Die Seitenbewegung für den Wechselreiber ist veränderlich, kleiner für den Frischdruck, größer für den einfarbigen Druck. Die Schaltung für die Speisewalze, welche die Farbe aus dem Farbklappen entnimmt und diese hiernach an die untere Verreibwalze abgiebt, ist regulirbar, so daß für jede Einfärbung nur ein Theil ihres Umfanges zur Farberabgabe in Betracht kommt; während der übrigen Zeit ist für die Speisewalze die rotirende Bewegung aufgehoben. So lange die Speisewalze sich dreht, liegt die untere Verreibwalze an ihr an und im Augenblick des Stillstandes derselben legt sich letztere an den ersten Farbzyllinder und giebt die von der Speisewalze entnommene Farbe an diesen ab. Hierdurch ist der sparsamste Farberverbrauch erzielt. Es wird nur wenig Farbe aus dem Kasten entnommen, wie gerade gebraucht wird und diese kommt denn auch an den Farbzyllinder. Als sehr zweckmäßig ist die Hubhöhe von 80 Millimeter befunden worden, weil sich aus derselben im Verein mit der Keilstellung zwischen der Wärmetiegelplatte und dem Schlitten eine so große Oeffnung ergibt, daß sie beim Hängenbleiben der Decke an der Gravur eine bequeme Nachhilfe mit der Hand ermöglicht.

Beim Verarbeiten strenger Farbe ist ein Hängenbleiben der Decke an der Gravur kaum zu vermeiden, weil die zum Abbringen der Decke bestimmten Greifer nicht allenthalben anwendbar sind und verschiedene Arbeiten es auch bedingen, daß ein langsames Abziehen der Decke erfolgen muß, um zu verhindern, daß die Farbe wieder von der Decke losreißt. Die Einrichtung zur Ein- und Ausführung des Schlittens ist derart beschaffen, daß sie den Schlitten rasch nach vorne führt, in der Außenstellung längere Zeit in Ruhe verharren läßt, damit ein bequemes Abnehmen und Anlegen ermöglicht wird und ihn hiernach in einem langsamen Tempo wieder einführt.

Dies wäre also eine ausführliche Schilderung aller Vortheile der Maschine, die sich bis jetzt sehr gut bewährt hat.

Die Diez & Bistingsche Maschine beruht wieder auf einem anderen System. Die Gravur wird nicht an der Ziegelplatte befestigt, sondern an einer Klappe wie an der Handpresse, nur schlägt dieselbe nicht nach der linken Seite, sondern nach vorne, so daß sie senkrecht steht. Das Walzwerk ist auf der Presse befestigt, die Auftragwalzen kommen nun von oben und walzen die Gravur ein. Man hat also bei jedem Drucke Gelegenheit, sich von der Beschaffenheit der Platte respektive der Einfärbung derselben zu überzeugen. Das Walzwerk ist ähnlich dem vorstehend ausführlich beschriebenen, nur fehlt das als sehr praktisch empfundene Patent, Grund dessen jede Walze nur einmal über die Gravur geht. Es ist dies infolgedessen von großer Bedeutung,



als bei den jetzt in Flor kommenden Kartonarbeiten die Schattirungen, welche durch das Zurückgehen derselben Walzen über die Gravur entstehen, auf dem Karton recht deutlich sichtbar sind.

Unser Bild zeigt die Maschine sehr deutlich, so daß wir von einer weitläufigen Schilderung Abstand nehmen können.

Es muß unumwunden anerkannt werden, daß alle diese Maschinen sich als brauchbar bewährt haben, die eine vielleicht mehr, die andere weniger. Sie bedeuten einen großen Fortschritt, den die Technik gemacht, der aber wie alle derartigen Neuerungen für den Arbeiter insofern unangenehm fühlbar wird, als er das Heer der Arbeitslosen erheblich verstärkt, weil durch die Maschine Arbeitskräfte überflüssig werden. Man darf sich nicht auf den Standpunkt vieler Kollegen stellen, welche jede Schnellpressenarbeit als minderwertig, sogenannten „Schnellpressenpap“, bezeichnen. Daß mitunter schlechte Resultate zu verzeichnen sind, soll durchaus nicht in Abrede gestellt werden. Der Kollege an der Schnellpresse hat eben auch mit schlechtem Material zu rechnen (es kommen hier namentlich die ungleichstarken Deckel in Frage), genau so, wie der Kollege an der Handpresse, nur kann er sich nicht so leicht helfen wie dieser. Eine saubere Arbeit an der Schnellpresse herzustellen, erfordert eben so viel, ja noch mehr Aufmerksamkeit wie an der Handpresse. Kurz, die Zukunft gehört der Schnellpresse, mögen die Schnellpresser dafür sorgen, daß der oft gebrauchte Ausdruck von der Elite der Organisation nicht zum Spottnamen wird.

Nun noch einige Bemerkungen im Allgemeinen. Mancher Presserkollege mag verwundert von 13, 18, 25 und gar 36 Drucken in der Minute gelesen und sich dabei die Frage vorgelegt haben: Ist dies möglich? Es hat dies eine natürliche Grenze. Zunächst kommt die Schnelligkeit des bedienenden Pressers in Frage und zum Anderen die Art der Arbeit. Strenge Farben werden stets in einem mäßigen Tempo gedruckt werden müssen, leichte Farben dagegen können in der schnellsten Gangart gedruckt werden, soweit nicht die Größe des For-

mats hindernd im Wege steht, obwohl dies lange nicht so in Betracht kommt wie an der Handpresse. Es muß weiter damit gerechnet werden, daß das Reinigen Mittags und Abends, sowie das Neueinfärben des Walzwerkes eine reichliche halbe Stunde täglich in Anspruch nimmt, soweit nicht bei Farben, welche leicht trocken werden, öfter gespult werden muß; ein Hauptfaktor wird ferner auch die Höhe der Auflage sein, welche in Arbeit genommen ist. Kurz alles in Allem wird mit einer Leistung von 12—15000 Druck im Durchschnitt pro Woche gerechnet werden können. Es muß aber nochmals dabei hervorgehoben werden, daß die Formunterschiede nicht die Bedeutung haben, wie an der Handpresse; Quart und kleines Folio sind immer noch als handliche Formate zu bezeichnen.

Die Arbeit an den Maschinen ist körperlich anstrengend wie an der Handpresse, trotzdem fühlt man sich des Abends ermüdet und abgesehen. Die Arbeit zerrüttet die Nerven. Es ist dies eine Erscheinung, die uns von vielen Kollegen an der Maschine bestätigt worden ist.

Mit diesen Maschinen soll nun also das Schicksal der Kollegen an der Handpresse besiegelt sein? Nein! Es wird auch in Zukunft noch Arbeit für die Handpresse übrig bleiben. Die großen Auflagen allerdings sind für alle Zeiten der Schnellpresse verfallen. Von einem völligen Verschwinden der Kollegen an der Handpresse kann keine Rede sein, aber ein Zurückgehen der Zahl von beschäftigten Pressern ist eine unausbleibliche Folge der Schnellpresse, selbst wenn in Berücksichtigung gezogen wird, daß durch die Maschinen unserem Gewerbe neue Arbeit zugeführt wird, welche ohne diese nie in unserem Berufe hergestellt worden wäre. Dies ist ein Faktor, welcher wesentlich dazu beiträgt, die bösen Folgen der Maschine in etwas auszugleichen. Zum Anderen haben wir unsere stürmerprobte Organisation, die uns befähigt, auch in dieser Frage der Zukunft mit Ruhe entgegen sehen zu können. Sich in dieser Zusammenfassung zu finden, ist jedes Kollegen höchste Pflicht.

Bericht vom Gantag des Gau XVII.

Abgehalten zu München am 27. Juli 1902.

Der Gauvorstehende Schuhmacher eröffnet den Gantag um 9 Uhr mit einem herzlichem Willkommen an die Erschienenen und stellt zugleich fest, daß alle in Frage kommenden Orte, außer Landshut, vertreten sind. Binner begrüßt die Delegirten und Gäste im Namen der Zahlstelle München. Nachdem die Bureauwahl vollzogen, beginnt die Tagesordnung mit dem Bericht des Gauvorstandes, welcher in Folge der kurzen Thätigkeit desselben keinen großen Umfang hatte, sondern sich auf einige Worte beschränkte. Er erucht hauptsächlich die Delegirten, ihn in seiner ferneren Arbeit als Gauvorstehender zu unterstützen, um eine erfolgreiche Thätigkeit entfalten zu können. Die sich hieran schließende Debatte war eine lebhafteste und die Anwesenden tabelten die laue Thätigkeit des letzten Gauvorstandes, sowie überhaupt den in letzter Zeit stattgefundenen Personenwechsel in diesem Amte; auch die Zahlstelle München als Gauvorort machte man dafür verantwortlich und darauf aufmerksam, bei eventueller Neuwahl etwas vorsichtiger mit den Personen zu sein, um derartige Kalamitäten zu vermeiden, welche gewiß nicht zum Nutzen unseres Verbandes sein könnten. Nach Schluß der Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Zwecks Fertigstellung einer pünktlichen Quartalsabrechnung mit der Verbandskasse sind die Vertrauensleute und Einzelmitglieder verpflichtet, spätestens 14 Tage vor Abschluß eines jeden Quartals ihre Restbeiträge zu begleichen.“

Damit ist der erste Punkt erledigt und wurden hierauf die Berichte der Delegirten entgegen genommen, aus welchen zu ersehen war, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gerade erfreuliche sind, sie sind noch ebenso, wie sie in den vom Verbandsvorstand herausgegebenen statistischen Erhebungen aufgezeichnet sind.

So wird von Augsburg berichtet, daß die Mitgliederzahl ständig zurückgehe, und doch existieren bei einer 56 1/2 bis 60 stündigen Arbeitszeit Löhne von 7 bis 22 Mk., während der Lebensunterhalt genau so theuer ist, wie in anderen größeren Städten. Da aber hier eine Anzahl Gehilfen sind, welche bei ihren Eltern wohnen und sich von diesen unterstützen lassen und deshalb mit wenig Lohn zufrieden sind, so erschweren sie dadurch den zugezogenen Verbandskollegen die Existenz, welche bald gezwungen sind, Augsburg wieder den Rücken zu kehren, während die Einheimischen, zwar für Vergnügungsvereine aller Art, aber nicht für den Verband zu haben sind.

In Kaufbeuren ist ebenfalls ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, was aber daraus resultirt, daß das für uns in Betracht kommende Geschäft „Vereinigte Kunstanstalten Kaufbeuren und München“ seiner Auflösung entgegengeht, so daß nur noch acht Kollegen dort beschäftigt sind, welche einen Lohn von 18 bis 24 Mk. bei einer 9 1/4 stündigen täglichen Arbeitszeit beziehen. Dieser Lohn ist ja den Verhältnissen entsprechend als annehmbar zu bezeichnen, jedoch werden die Kollegen, wie schon bekannt, zum Hilfspersonal gerechnet und sind als solche die Stiefkinder des Geschäftes. So haben zum Beispiel die Lithographen 8 stündige Arbeitszeit, die Steindrucker 9 stündige und die „Hilfsarbeiter“ 9 1/4 stündige Arbeitszeit. Ebenso verhält es sich mit der Bezahlung der Feiertage. Die Lithographen und Steindrucker erhalten dieselben nach vierteljähriger Thätigkeit bezahlt, während die „Hilfsarbeiter“ dieselben erst nach einjähriger Thätigkeit bezahlt erhalten.

In Freising sind zur Zeit nur drei organisierte Kollegen thätig, welche einen Lohn von 13 bis 21 Mk. erhalten bei einer 5 1/2 stündigen Arbeitszeit ohne Pausen.

Da Landshut nicht vertreten ist, so erstattet Kempe, welcher dort früher beschäftigt war, Bericht. Von 15 bis 20 Gehilfen und 30 bis 40 Arbeiterinnen sind nur vier Kollegen organisiert. Im Allgemeinen schwankt der Lohn der Gehilfen zwischen 12 und 24 Mk., letzterer ist der eines Werksführers, bei einer 9 bis 10 stündigen Arbeitszeit.

In München ist ebenfalls die Mitgliederzahl zurückgegangen, seit vorigem Herbst, so daß jetzt noch ein Mitgliederbestand von 452 zu verzeichnen ist. Zu denen, welche der Organisation den Rücken kehren, gehören auch solche, welche gerade den größten Vortheil von der Lohnbewegung hatten. In einigen Geschäften machte sich die Krise dadurch bemerkbar, daß theilweise verkürzt gearbeitet wurde oder auch tagweise ausgefehlt werden mußte. Im Allgemeinen aber hat sich die Lage der am Orte Beschäftigten verbessert.

Es kommen nun noch einige Orte in Betracht, wo zwar eine ganze Anzahl unserer Berufsangehörigen beschäftigt sind, wo es aber noch nicht gelungen ist, mit der Agitation für unseren Verband festen Fuß zu fassen, die Orte waren auch nicht auf dem Gantag vertreten, doch konnten von einigen der Anwesenden interessante Mittheilungen gemacht werden. Zum Beispiel in Donauwörth ist eine Gebetbuchfabrik mit 16 Gehilfen, 17 Arbeiterinnen, 1 Hilfsarbeiter und 3 Lehrlingen. Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden und die Löhne für Gehilfen 13 bis 25 Mk., die der Arbeiterinnen 3 bis 12,50 Mk.; der Hilfsarbeiter bezieht 10 Mk. Lohn. Anders sieht es aber in Kempen aus, daselbst ist ebenfalls eine Gebetbuchfabrik mit 6 Gehilfen, 6 Arbeiterinnen und einer Anzahl Lehrlinge. Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden, die Löhne der Gehilfen schwanken zwischen 14 bis 16 Mk., den Lohn von 22 Mk. bezieht der Vorarbeiter, welcher, um überhaupt die Stelle zu erhalten, zum Katholizismus übergetreten ist, da überhaupt nur katholische Gehilfen eingestellt werden und selbstverständlich Nichtverbandsmitglieder. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen im Durchschnitt 7 Mk. In dem Betrieb werden eine Anzahl Lehrlinge beschäftigt, dieselben erhalten für ihre Arbeit die ersten zwei Jahre keinerlei Entschädigung, im dritten Jahre jedoch 2 Mk. und im letzten 6 Mk. pro Woche. Die Behandlung der Arbeiter soll ebenfalls zu wünschen übrig lassen und sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin hohe Strafen festgesetzt. Trotz dieser geschilderten Zustände sind bis jetzt alle Bemühungen von Seiten

des Gauvorstandes, sowie auch der benachbarten Zahlstellen Kaufbeuren, die Arbeiter und Arbeiterinnen unserem Verbands zuzuführen, nutzlos gewesen.

Nach einem angenommenen Geschäftsordnungsantrag wurde vor der Debatte dem Kollegen Regel das Wort zu seinem Referat „Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gau XVII verbesse- bedürftig?“ ertheilt. Der Referent unterzog das soeben Gehörte einer nochmaligen Kritik und sprach dabei die Meinung aus, daß hier unbedingt der Hebel angelegt werden müsse, um auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den kleineren Orten zu verbessern, denn es sei durchaus kein Wunder, wenn die dort beschäftigten Kollegen ihr Ziel nach der Großstadt richteten, um ebenfalls an den Ertrugenschaften vorhergegangener Lohnbewegungen mit Theil zu nehmen. Durch diese Massenangebote aber von Arbeitskräften werden die Ertrugenschaften wieder zu nichte gemacht, zum Schaden der ganzen Kollegenschaft. Er empfiehlt vor Allem eine kräftige Agitation, sowie eine Heranbildung der neuemommenen und alten Mitglieder zu wirklichen Generschaftlern, denn an letzteren fehle es hauptsächlich, und nicht allein in den kleinen Mitgliedschaften. Auch auf die Pflege der Statistik legte er besonderen Werth. — Es würde zu weit führen, alle Einzelheiten hier mitzutheilen. — An dieses Referat schloß sich eine sehr lebhafteste Debatte, in welcher noch manche interessante Einzelheiten vorgebracht wurden. Baur-Augsburg wies hauptsächlich auf die Agitation von Mund zu Mund hin, da die Agitationsversammlungen nicht immer in der Weise besucht würden, wie es nöthig sei und die Erfolge durchaus nicht den Kosten der Versammlungen entsprächen. Nach Schluß der Debatte wurde folgende Resolution und Antrag angenommen:

„Die Zahlstellen sollen gehalten sein, in dem Zahlstellenverzeichnis unserer Zeitung einen möglichst hohen Lohn und niedrige Arbeitszeit anzugeben. Desgleichen sollen die Vertrauensleute in den einzelnen Gavourten ebenfalls an den betreffenden Gauvorstand diesbezügliche Angaben gelangen lassen, welcher sie dann eventuell zur Veröffentlichung an die Zeitung weiter zu geben hat, um auf diese Weise successive die Arbeitsverhältnisse auch in den kleineren Orten ohne Lohnbewegung zu verbessern.“

„Um die Agitation des Gauvorstandes zu erleichtern, werden die Zahlstellen angewiesen, Mitglieder, welche nicht am Orte beschäftigt sind, aber trotzdem an die Zahlstellen ihre Beiträge entrichten, selbe unverzüglich an den Gau zu verweisen; auch ist dieses bei Neuanmeldungen so zu handhaben.“

Kollege Kempke hielt sodann sein Referat über: „Wie stellen wir uns zur eventuellen Einführung von Staffelbeiträgen?“ Die Ausführungen des Referenten waren dieselben, wie er sie schon in seinem Artikel niedergelegt hat (Nr. 22 der „Buchbinderzeitung“, „Zur Staffelbeitragsfrage“) und ist es deshalb nicht nöthig, dieselben noch einmal zu wiederholen. Der Korreferent Dittrich-München führte dagegen ungefähr Folgendes aus: Die Frage ist nicht neu, sie wurde schon auf dem letzten Verbandstag als Tageslicht gebracht, doch wagten sich die Freunde derselben mit direkten Anträgen nicht heraus. Die hohen Beiträge sollen die Mitglieder ansprochnen, immer mit neuen Lohnforderungen hervorzutreten, ein niedriger Beitrag bezweckt aber das Gegentheil. Die Beispiele von den östlichen Provinzen sind nicht maßgebend, da die dortigen Kollegen auch bei niedrigen Beiträgen nicht für den Verband zu haben sind. Die Abstufung der Beiträge ist schlecht möglich, es entstehen dadurch nur Reibereien, mag es gemacht werden, wie man es will, nach Löhnen oder nach Branchen klassifiziert. Kempke selbst sei von einem gewissen Pessimismus nicht frei, denn er sage selbst, daß er auch nicht glaube, daß nach Einführung der Staffelbeiträge die Mitglieder in Schaaeren kommen. Die Einführung von Staffelbeiträgen ist ein Rückschritt, und der Versuch, wie ihn der Referent vorgeschlagen, eine Dr. Eisenbartkur, die man andern Organisationen überlassen soll. Die Lokalkassen werden ebenfalls durch diese Einführung überlastet und die 20 Prozent für örtliche Verwaltungszwecke werden nicht mehr reichen. So wie auf dem letzten Verbandstag die Hamburger Anträge aus praktischen Gründen abgelehnt wurden, so werden auf dem

nächsten Verbandstag die diesbezüglichen Anträge abgelehnt werden, aber nicht aus Egoismus; er ersuche die Delegirten, den Mitgliedern keine Hoffnung zu machen.

Auf Geschäftsordnungsantrag wurde jedem Diskussionsredner nur eine Redezeit von 10 Minuten gewährt, da die Zeit sehr vorgeschritten war. Es betheiligten sich alle anwesenden Delegirten an der Debatte, fast jeder hatte eine andere Meinung. Nachdem die Diskussion erschöpft war, erhielten die Referenten das Schlußwort. Beide suchten die gegentheiligen Meinungen des Gegners zu widerlegen, sie blieben nach wie vor auf ihrem Standpunkt stehen, der eine für, der andere gegen die Staffelbeiträge.

Folgende Resolution wird angenommen:

„Nach Anhören des Referats wie Korreferats über Staffelbeiträge ist der Gautag der Meinung, daß die Frage des Staffelbeitrags für unsern Verband eine sehr einschneidende Prinzipienfrage ist, ferner, daß die Einführung desselben theilweise auf Widerstand stoßen könnte. Deshalb spricht der Gautag den Wunsch aus, daß die Frage der Staffelbeiträge auf dem nächsten stattfindenden Verbandstag einer ausgiebigen Erörterung unterzogen werden möchte.“

Zur Annahme gelangt ferner folgender Antrag:

„Der Gauvorstand wird beauftragt, mit den übrigen Gauvorständen in Verbindung zu treten, um zu erreichen, daß auf einem zukünftigen Verbandstag der Ausgestaltung der Kompetenz der Gauvorstände ein besseres Interesse entgegen gebracht wird.“

Der als Gast anwesende Kollege Seidel giebt seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß er nichts von der Einführung eines Gauarbeitsnachweises gehört hat. Es wird ihm die Antwort zu Theil, daß frei gewordene Stellen dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle München angezeigt werden. — Desgleichen wird noch über einen gemeinsamen Ausflug gesprochen und als Ort Augsburg in Vorschlag gebracht.

Nachdem sich die Tagesordnung erledigt hatte, schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Delegirten, im Sinne der Beschlüsse zu handeln und kräftig mitzuarbeiten für das Wohl der gesammten Kollegenschaft, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband um 6 Uhr den Gautag.

Der Gautag wurde unterbrochen durch eine 1 1/2 stündige Pause, welche zu einem gemeinsamen Mittagessen benützt wurde. Nach den Verhandlungen waren die Delegirten und Gäste, sowie eine Anzahl Münchener Kollegen zu einem gemüthlichen Beisammensein versammelt, um sich von den Anstrengungen, die die Abhaltung des Gautags bei dieser tropischen Hitze verursacht hatte, wieder zu erholen. Leider konnte in Folge eintretenden Gewitters der geplante Rundgang durch die Stadt nicht ausgeführt werden, so mußte denn die „Schlenderkapelle“ der Zahlstelle München für Unterhaltung sorgen.

K-1.

Korrespondenzen.

Hamburg. In der am 26. Juli stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Rißter den Geschäftsbericht. Im 2. Quartal fanden eine General- und vier Mitgliederversammlungen statt. Der Besuch ließ viel zu wünschen übrig und ist zu hoffen, daß die Mitglieder ihre Gleichgültigkeit ablegen und sich an den Fragen der Organisation mehr betheiligen werden. An Vorträgen fanden zwei statt, einer von Kollege Grimm über „Unsere Statistik und die deutsche Berufszählung“, und der zweite von Herr J. Lauffötter über „Revolution und Evolution“. Hierbei muß erwähnt werden, daß, da durch das Eintastren von Beiträgen während der Versammlungen erhebliche Störungen verursacht werden, der Vorstand beschloßen hat, die Kasse in Zukunft während eines Vortrags zu schließen. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in fünf Sitzungen. Außerdem fand noch eine Vertrauensmännerkung statt, in welcher eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Geschäftsordnungsreglements, sowie eine Kommission zur Reorganisation des Vertrauensmänner-systems gewählt wurde. Letztere Kommission hat noch die

Aufgabe, statistische Erhebungen über die gegenwärtigen Verhältnisse anzustellen.

Die schon im 1. Quartal in Angriff genommene Agitation unter den Ledergalanteriearbeitern hat den gewünschten Erfolg nicht gehabt, jedoch entmuthigt uns dieses keineswegs, sondern wir werden zu geeigneter Zeit wieder eingreifen, hoffend, damit dann die schon organisirten Arbeiter dieser Branche ein weniger pessimistisches Verhalten an den Tag legen wie bisher. Dagegen hatte die Agitation bei den Stützarbeitern einen guten Erfolg, diese sind dem Verband fast vollständig beigetreten und hatte diese Branche bereits drei Sitzungen unter Leitung des Bevollmächtigten abgehalten, in denen die Kollegen der einzelnen Werkstuben Fröhling mit einander nahmen und die Werkstubenverhältnisse klar legten. Einen weiteren Zuwachs erhielten wir dadurch, daß sich die Linitzer unserem Verbands angegeschlossen haben. Dieselben hatten bis vor kurzer Zeit einen Lokalverein, mit dem dieselben bereits vor drei Jahren eine Lohnbewegung mit theilweise gutem Erfolg ohne Ausstand durchführten. Diese Branche hatte eine Sitzung und hoffen wir, daß beide Branchen ein starkes Glied in unserer Organisation werden.

An Veranstaltungen und Vergnügungen fanden Mitt eine Besichtigung des Krematoriums, sowie eine Dampftour nach Gesehacht, welche zur Zufriedenheit aller Betheiligten verlief und uns einen Ueberschuß von 182 Mk. brachte.

Die zum Gewerkschaftshaus fällige Summe von 500 Mk. ist dem Gewerkschaftsartell überwiesen worden.

Der Mitgliederwechsel gestaltete sich folgendermaßen:

eingetreten . . .	33	männliche	und	12	weibliche
zugereist . . .	9	=	=	2	=
ausgetreten . . .	—	=	=	3	=
ausgeschlossen . . .	8	=	=	4	=
abgereist . . .	44	=	=	1	=
gestorben . . .	1	=	=	—	=

bleibt ein Bestand von 278 männlichen und 110 weiblichen, insgesammt 388. Ist nun trotz der guten Agitationserfolge die Mitgliederzahl keine größere wie im vorhergehenden Quartal, so liegt das an der großen Zahl der abgereisten Kollegen.

Den Kassenbericht giebt Kollege Rippe wie folgt: Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 1281,65 Mk., die Ausgaben 581,63 Mk., ergibt einen Ueberschuß von 700,02 Mk. Der Bestand vom 1. Quartal betrug 283,57 Mk., an die Hauptkasse sind abgeführt 983,59 Mk. Die Lokalkasse hat zu verzeichnen an Einnahmen 826,48 Mk., an Ausgaben 594,95 Mk., ergibt einen Ueberschuß von 231,93 Mk., Bestand vom 1. Quartal 191,49 Mk., Gesamtbestand 423,42 Mk.; davon sind dem Reservofonds überwiesen 300 Mk., bleiben 123,40 Mk. Der Bestand des Lokalreservofonds betrug am Schluß des 1. Quartals 1974,26 Mk., von der Lokalkasse sind überwiesen 300 Mk., ergibt einen Bestand von 2274,26 Mk.

Vorst bemängelt dann das bestehende Hilfskassensystem, durch welches nicht verhindert wird, daß Mitglieder wegen Resten gestrichen werden, er wünscht distriktweise Errichtung von Hilfszahlstellen. Nach längerer und reger Diskussion, in welcher der Vorschlag von mehreren Rednern befürwortet wird, lehnt die Versammlung ab, darüber Beschluß zu fassen und verweist die Sache zur näheren Prüfung an den Vorstand.

Schlegel bespricht dann einige Mißbräuche und Nachlässigkeiten etlicher Mitglieder, welche den Arbeiten des Kassirers und der Revisoren erschwerend und hinderlich sind und theilweise die Lokalkasse bei Ausgaben an Porto belasten. Auch hierbei entspinnt sich eine heftige und andauernde Diskussion, in welcher sich etliche der betreffenden Mitglieder rechtfertigen. Es wurde dann über die Stellung des Bevollmächtigten zur Revisionskommission debattirt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden soll die Sache bei Neuregelung der Geschäftsordnung weiter behandelt werden.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wird der Bericht vom Arbeitsnachweis sowie der Kartellbericht zurückgestellt.

Als Vertreter des Arbeitsnachweises wird Schaaere, als Ersahmänner zur Geschäftsordnungs-kommission Berndt und Zupancic gewählt, während

die Ersatzwahlen zur Revisionskommission sowie ein Antrag der Geschäftsordnungskommission verlagert werden.

Auf Antrag wird dann für die Hinterbliebenen der Primuskatastrophe, bei welcher viele Gewerkschaftler sowie in unserem Interesse arbeitende Männer ums Leben gekommen sind, die Summe von 50 Mk. bewilligt.

Fortsetzung der Generalversammlung am 9. August.

Berlin. Ueber das Unfallversicherungsgesetz und die Unfallverhütungsvorschriften sprach Kollege Jost in einer Vertrauensmännerversammlung. Durch die beständig wachsenden Gefahren, welche den Arbeitern ihre Beschäftigung brachte — die Industrie weist innerhalb eines Jahres mehr Opfer an Getödteten und Verletzten auf, als in den vorhergehenden Kriegsjahren —, aufmerksam gemacht, unterzogen die Arbeiter das Gesetz einer näheren Betrachtung. Versichert sind insgesamt 19 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, davon 7 Millionen in 65 gewerblichen, 11 Millionen in 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, 1/4 Millionen in Staatsbetrieben.

Renten wurden gezahlt 1899: 78 Millionen, 1900: 86 Millionen, 1901: 100 Millionen Markt. Entschädigung erhielten 768 200 Personen, darunter sind 585 500 Verletzte, 53 400 Witwen, 87 000 Kinder, 3100 Verwandte Getödteter.

Die Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft, zu welcher die Buchbindereien und verwandten Betriebe gehören, ist in 8 Sektionen eingeteilt, in denen 2933 Betriebe versichert sind, welche 96 000 Arbeiter beschäftigen, diese beziehen an Löhnen die Summe von 74 Millionen Markt. 1900 betrug die Zahl der Unfälle mit Entschädigung 107 654, davon tödlich 8567, dauernd erwerbsunfähig 1396. Die gemeldeten Unfälle sind auf 454 341 gestiegen, das ist 11 000 mehr als das Jahr zuvor. Versichert sind die Arbeiter in Fabriken, welche mehr wie 20 Personen beschäftigen. Das Handwerk ist nahezu ausgeschlossen, trotzdem die Arbeit in Werkstätten, wo 8—10 Personen thätig sind, auch gefährlich sein kann. Bestimmte Umstände sind maßgebend, um Entschädigung zu erhalten. So bekam ein Arbeiter, als die von ihm mitgebrachte Flasche Bier explodirte und ihn verletzte, keine Rente, eben so erging es einem Arbeiter, welcher sich zum Transport von Waaren eines der Firma nicht gehörigen Wagens bediente und hierbei einen Unfall erlitt. Bei Vollrente wird nur 2/3 des Lohnes angerechnet, auch sonstige Beschränkungen durch die Vertrauensärzte sind an der Tagesordnung. Ein dem Arzt nach einigen Tagen keine schwere Verletzung berichtender Arbeiter ließ eine Amputation nicht zu. Nach dessen Tode war die Erlangung der Rente für Witwe und Kinder mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da die Berufsgenossenschaft den Unfall als zu Hause geschehen betrachtete. Wird jemand getödtet, haben Witwe wie Kinder einen Anspruch auf je 20 Prozent des Jahresverdienstes als Rente, jedoch darf dieselbe 60 Prozent im Ganzen nicht übersteigen.

Bei nicht genügenden Sicherheitsvorrichtungen an den Maschinen können Verhütungsvorschriften erlassen werden, die bisher bestehenden verliert der Referent und erwartet, daß man überall darauf achte, daß diese nicht bloß in den Fabriken aushängen, sondern daß denselben auch nicht zuwider gehandelt werde, welchem Wunsch sich Brüchner anschließt und eine Aufgabe der Vertrauensleute darin erblickt, sich mit der sozialpolitischen Geseßgebung zu befassen.

Sodann wird bekannt gegeben, daß am 16. August eine Dampferpartie nach Wilhelmshafen und im selben Monat eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet, in welcher der Vorschlag der Staffelbeiträge erörtert werden soll. Praktisch sei es, daß die Vertrauensmänner die Frage im engeren Kreise behandeln, um eine klare Meinung darüber zu gewinnen.

Zhielmann macht bekannt, daß in Bezug auf das Verbandsleben bei den Kollegen der Firma Wübben & Komp. eine arge Vernachlässigung eingetreten sei; er erwähnt besonders die dortigen, bessere Löhne beziehenden Preßer, welchen es selbst in der jetzigen Zeit nicht schwer fallen könne, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ein unrühmliches Resultat ergibt die Verlesung der Präsenzliste, bei einzelnen Branchen fehlen mehr als die Hälfte der Vertreter, die Kontobuchbranche fehlt ganz. Die Album- und Stuisbranche sind gut vertreten.

Bielefeld. Am 27. Juli fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Rüter ist zu entnehmen, daß im zweiten Quartal eine General- und drei Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. In einer Versammlung wurde von Genosse Steinkamp ein Vortrag gehalten über unsere Berufsstatistik. Der Versammlungsbefuch war im Allgemeinen ein befriedigender. Der Mitgliederstand, welcher im Anfang des Quartals 54 war, hat um 5 zugenommen. Eingetreten sind 8, zugereist 2; dagegen sind abgereist 3 und wegen Resten gestrichen 2; mithin am 1. Juli 59 Mitglieder. Mit Freuden kann konstatirt werden, daß wir nun bald wieder die frühere Mitgliederzahl erreicht haben.

Wenn die Kollegen in einzelnen Geschäften wie z. B. bei F. Eilers jun. noch nicht einsehen wollen, daß der Anschluß an den Verband unbedingt nöthig ist, dann müssen diese es zu ihrem eigenen Schaden erfahren; bei F. Eilers jun. wurde nämlich vor Kurzem einfach durch Anschlag bekannt gegeben, daß die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert ist. Herr Eilers weiß jedenfalls recht gut, daß seine Buchbinder nicht dem Verbandsangehörigen und sich also fügen müssen. Vielleicht kommen auch mal andere Zeiten. — Der Bericht des Kassirers Fischer ist folgender: Einnahmen der Verbandskasse 251,95 Mk., Ausgaben 112,19 Mk., verbleiben 139,76 Mk., welche an die Verbandskasse abgehandelt wurden. Einnahmen der Lokalkasse inkl. Bestand vom vorigen Quartal 141,50 Mk., Ausgaben 25,62 Mk., bleibt Bestand jetzt 115,88 Mk. Unserer Bibliothek, die 146 Bücher zählt, wurden diesmal nur 13 Bände entliehen.

Dem Bemühen des Agitationskomites gelang es, mehrere Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen. Andererseits wurden aber auch sonderbare Ausreden gemacht; die Einen glauben es mit ihren christlichen Anschauungen nicht in Einklang zu bringen, wenn sie bei uns eintreten, während die Anderen zum Theil dem Alkohol so verfallen sind, daß überhaupt mit ihnen kein vernünftiges Wort zu reden ist; und der Rest glaubt Lebensstellungen zu haben.

Auf Antrag des Vorstandes wurde sodann beschlossen, daß, wie es früher schon mal war, an Mitglieder, welche 13 Wochen unserer Zahlstelle angehören, bei Krankheitsfällen aus der Lokalkasse eine Unterstützung gewährt wird; für Verheirathete 4,50 Mk. wöchentlich und für Ledige 3 Mk. auf die Dauer von 6 Wochen innerhalb eines jeden Jahres; sowie bei Sterbefall eines Kollegen 15 Mk. an dessen Angehörige. Ferner wurde gemäß einem Beschlusse von voriger Versammlung, wonach mehr Berichte von unseren Versammlungen in der Zeitung erscheinen sollen, in der Person des Kollegen Thieme ein zweiter Schriftführer gewählt. Ferner wurde über eine von den Detmolder Kollegen ausgehende Anregung verhandelt, welche dahin geht, einen gemeinsamen Ausflug zu machen. Da uns nun die Detmolder Kollegen von früher her alte Bekannte und gute Freunde sind, so fand diese Anregung allseitigen Beifall und wurde das Weitere hierzu dem Vorstande überlassen.

Eine frühere Versammlung nahm auch Stellung zum Staffelbeitrag. Die Meinungen waren hierüber verschieden. Vorweg sei bemerkt, daß eine Selbstneuschätzung in eine bestimmte Lohnklasse und demnach Beitragsklasse aus verschiedenen Gründen, die schon in der Zeitung erörtert sind, keinen Beifall fand. Eher ginge es vielleicht, die verschiedenen Beitragsklassen nach dem am Orte festgesetzten Minimallohn einzurichten; dann wäre wenigstens an einem Orte auch die Beitragsleistung eine einheitliche. Im Uebrigen ist man sich wohl bewußt, daß die Lösung dieser Frage eine recht schwierige ist. Und so lange wir noch Orte im Adressenverzeichnis finden, wo der Minimallohn 14, 15 und 16 Mk. beträgt, ist diese nun einmal angeschnittene Frage wohl einer gründlichen Diskussion werth.

Dortmund. Am 26. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Dem Bericht des Vorstandes ist folgendes zu entnehmen. Es fanden in verfloßnen Quartal zwei Mitglieder- und eine Ge-

neralversammlung statt. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des vorigen Quartals 45, zugereist 5, eingetreten 1, abgereist 8, ausgetreten 2, so daß 40 Mitglieder verbleiben. Die Einnahmen der Verbandskasse betrugen 172,70 Mk., die Ausgaben 138,01 Mk., abgehandelt wurden 40 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 76,89 Mk., eine Ausgabe von 105,74 Mk., Bestand 231,63 Mk. Es wurde beschlossen, dem Kassirer jährlich 10 Mk. zu überweisen, als Entschädigung für Mühe und Arbeit, unter Haftbarmachung für eventuell verloren gehende Waaren. Da die lokale Extrasteuer nicht im Allgemeinen bezahlt worden ist, wurde ein Antrag eingebracht und angenommen, welcher die betreffenden Kollegen von jeder lokalen Unterstützung ausschließt.

Röln a. Rh. Am 19. Juli hielten wir unsere Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht fanden im zweiten Quartal 1 General- und 6 Mitgliederversammlungen statt, sowie fünf Vorstandssitzungen. In einer dieser Versammlungen wurde vom Kollegen Seidel ein Vortrag gehalten über: Die Erde als Himmelskörper, ihr Ursprung und frühester Zustand.

Die diesjährige Zusammenkunft der Zahlstellen von Rheinland und Westfalen zum Besuch der Ausstellung in Düsseldorf war leider von hier aus schwach besucht. — Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des ersten Quartals 45, in diesem Quartal eingetreten sind 2, zugereist 7, abgereist 4, so daß am Schlusse noch 43 Mitglieder verbleiben. — Der Bericht des Kassirers ist folgender: Einnahmen der Verbandskasse 214,17 Mk., Ausgaben 104,32 Mk., Bestand 109,85 Mk. Einnahmen der Lokalkasse: 162,58 Mk., Ausgaben 49,46 Mk., Bestand 113,12 Mk. — Den Bibliotheksbericht gab Hartwig. Die Benutzung der Bibliothek ist etwas reger geworden, ausgeliehen wurden 20 Bände. — Ueber: „Unsere Agitation am Orte“, entstand eine lebhaftige Aussprache. Es wurde beschlossen, recht bald wieder Werkstüberversammlungen abzuhalten, da dies vereint mit der mündlichen Propaganda der beste Weg sei, die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verband zuzuführen. Waren die früheren Werkstüberversammlungen auch resultatlos verlaufen, so wird es uns hoffentlich diesmal gelingen, die Kollegen für unsere Sache zu gewinnen.

Solingen-Wald. Am 26. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Bericht des Vorstandes wurden im letzten Quartal abgehalten 6 Mitglieder- und 1 Generalversammlung; der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 7 Sitzungen. Unter Anderem hatten wir uns mit der Firma Bald betreffs Zahlung des Minimallohns zu beschäftigen; diese Angelegenheit wurde zu unserer Zufriedenheit erledigt. Leider hatte aber dadurch der Kollege Reim seine Stellung verloren, denn als die Arbeit schlechter ging, wurde ihm gekündigt. Bei der Firma Lückmantel kam ein Kollege wegen Verdacht, einen Stempel entwendet zu haben, mit der Polizei in Konflikt, doch schien die Firma allzu schnell vorgegangen zu sein, denn die Sache wurde ohne Begründung niedergelegt. An Mitgliedern hatten wir eine Zunahme zu verzeichnen, wir sind gegenwärtig 27 in unserer Zahlstelle.

Aus dem Kassibericht geht hervor, daß die Einnahmen der Verbandskasse 119,85 Mk. betragen, Ausgaben dagegen keine zu verzeichnen sind, abzüglich der am Orte gehaltenen 20 Prozent wurden 95,98 Mk. an die Verbandskasse eingesandt. Die Einnahme der Lokalkasse inklusive Bestand betrug 148,43 Mk., die Ausgabe 47,80 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 100,63 Mk.

Unsere Bibliothek, die 36 Bände zählt, wurde 61 mal benützt. An dem Auszug des 10. Gaues nach Düsseldorf konnte sich unsere Zahlstelle nicht betheiligen wegen des hier stattfindenden Arbeiterfängerfestes. Ferner wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, keine Stellung nach M.-Glabach anzunehmen, da die Arbeitsverhältnisse in den Gebet- und Geschäftsbücherfabriken daselbst sehr schlecht sind. Besonders wurde auf eine Gebetbücherfabrik aufmerksam gemacht, welche in den letzten Nummern unserer Zeitung Preßergoldder sucht. Die Kollegen werden durch solche Inzerate in den Glauben versezt, daß Firmen, welche in unserer Zeitung inseriren, auch gute Stellen

haben. Es wäre zu wünschen, wenn sich die Kollegen, welche auf diese Anzeigen hereingefallen sind, sich einmal melden.

Altenburg (S.-M.). Am 23. Juli fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Dem Rassenbericht des Kollegen Horn ist folgendes zu entnehmen: Einnahmen 134,90 Mk., Ausgaben 56,13 Mk. Von dem 78,77 Mk. betragenden Ueberschuß wurden 50 Mk. vor dem 30. Juni und 28,77 Mk. nach dem 30. Juni an die Hauptkasse eingeschickt. Die Lokalkasse hat eine Einnahme einschließlich Bestand vom vorigen Quartal von 262,61 Mk., dem eine Ausgabe von 20,55 Mk. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 242,06 Mk. verbleibt.

Des Weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem am 24. August in Jena stattfindenden Goutag des Gaues IX. Den Goutag zu beschicken wurde einstimmig beschlossen. Zu diesem wird Seitens der Mitgliedschaft Altenburg folgender Antrag gestellt: „Goutage sind nur bei Bedarf einzuberufen und ist den Zahlstellen die Anregung dazu nebst Material zur Begutachtung zu unterbreiten.“ Weiter wünscht die Versammlung den Punkt „Minimallohn“ auf die Tagesordnung gesetzt und gründlich durchzuerörtern. Betreffs Staffelleistung erklärt sich die Versammlung gegen denselben. Ueber die Errichtung einer Goutasse sind die Ansichten verschieden. Als Delegirter wurde Otto Jänike gewählt.

Mannheim. Am 2. August fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Der Geschäftsbericht des Vorstandes ergiebt folgendes: Es haben stattgefunden 4 Versammlungen und 1 Generalversammlung, der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des ersten Quartals 45. Eingetretene ist 1, zugereist 9, ausgeschloffen 2, abgereist 7, bleibt Mitgliederbestand am Schlusse des zweiten Quartals 46.

Nach dem Rassenbericht des Kollegen Wehner ergab sich eine Einnahme von 220,15 Mk., eine Ausgabe von 137,38 Mk., an die Verbandskasse eingekandt wurden 80 Mk., an Orte behalten 3,27 Mk. Die Einnahmen inklusive Bestand der Lokalkasse betragen 133,76 Mk., Ausgaben 72,07 Mk., bleibt Lokalkassenbestand 61,69 Mk. — Sodann gaben die Kollegen Schmidt und Wagner den Kartellbericht der zwei letzten Sitzungen.

Hierauf wurde die Streitangelegenheit der Mannheimer Kunstdruck-Gesellschaft besprochen und das Verhalten unseres Zentralvorstandes von Seiten der Generalversammlung allseitig verurtheilt. Von einigen Rednern wurde hierbei in der ersten Aufregung sogar in Erwägung gezogen, ob der Verband unter diesen Umständen wirklich den praktischen Werth besitze und den Mitgliedern desselben den Nichthalt gewährt, welchen man von demselben allgemein erwartet. — Am unseren auswärtigen Kollegen den Sachverhalt klarzulegen, sei hier Folgendes bemerkt: In genannter Kunstdruckerei, in welcher u. a. mehrere Steindrucker, ein Buchbinder und ca. 12 Mädchen beschäftigt werden, bestand oder bestehen zum Theile noch derartige Mißstände, welche einfach jeder Beschreibung spotten und hier nicht näher wiederzugeben sind. Als nun unser dort beschäftigt gewesener Kollege darauf aufmerksam machte und sich beschwerte, wurde er unter Vorbringung bewußter falscher Anschuldigungen ohne Kündigung auf die Straße gesetzt, also einfach gemahregelt. Die übrigen dort beschäftigten Arbeiter sahen ein, daß diese Entlassung nur wegen der Kritik der Mißstände erfolgt war, sie erklärten sich deshalb mit unserem Kollegen sofort solidarisch mit dem Bemerkten, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der Kollege wieder eingestellt und die bestehenden Mißstände beseitigt wären. Ein kollegiales Verhalten, welches den Beteiligten gewiß nur zur Ehre gereichen kann! Obgleich nun unser Verbandsstatut besagt, daß Streiks dem Zentralvorstand vorher anzugeben und dessen Genehmigung einzuholen ist, so war es nach Lage der vorliegenden Sache der Ortsverwaltung nicht möglich, genau dementsprechend zu handeln. Wir wandten uns deshalb an den Zentralvorstand um nachträgliche Bewilligung der Streikunterstützung, erfahren jedoch, nach wiederholter genauester Klarlegung der Verhältnisse, eine glatte Ablehnung. Ein weniger bürokratischer

Standpunkt wäre hier wirklich am Platze gewesen. Wir erinnern nur an den Streit der Grünstädter Kollegen; die Grünstädter gehörten damals als Einzelmitglieder unserer Zahlstelle an, dort hat uns der Zentralvorstand seiner Zeit das Agitationsfeld für lange Zeit gründlich verschalen; diese Affäre ist hier noch lange nicht vergessen. Als Ausdruck der Stimmung, welche in der Versammlung herrschte, kann folgende Resolution gelten, welche einstimmige Annahme fand: „Die heutige Generalversammlung mißbilligt das durchaus ungerechte Verhalten des Zentralvorstandes aufs Schärfste, der bei der Ablehnung der Streikunterstützung für den Kollegen und den in der Buchbinderabtheilung beschäftigten Mädchen beharrte, trotz der von den Vertrauensleuten ausführlichen Klarlegung des Sachverhaltes.“ Sollen solche Vorgänge als Agitationsmittel dienen?

Karlsruhe. Am 26. Juli fand unsere vierteljährliche Generalversammlung vom zweiten Quartal statt. Eingangs derselben gab der Vorsitzende Markanner einen kurzen Rückblick über den Stand unserer Mitgliedschaft im verfloffenen Vierteljahr, welches im Allgemeinen als ein ziemlich ruhiges zu nennen ist. Der ziemlich schlechte Geschäftsgang macht sich eben hier auch bemerkbar, die Agitation ist dadurch gehemmt, man freut sich, daß der Mitgliederbestand wenigstens auf der gleichen Höhe gehalten werden kann und keine Verluste zu verzeichnen sind. Jedoch der Besuch der Versammlungen ließ zu wünschen übrig, was wohl hauptsächlich auf die jetzige Jahreszeit zurückzuführen ist. Die meiste Thätigkeit in den Versammlungen nahmen lokale Angelegenheiten in Anspruch, welchen seitens der Kollegen auch immer reges Interesse entgegengebracht wurde, jedoch auch sämtliche internen Verbandsangelegenheiten fanden ihre eingehende Besprechung und Erledigung. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß stattgefunden haben 5 Mitglieder- und 1 Generalversammlung, der briefliche Verkehr war ein ziemlich reger, die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 50 männliche und 2 weibliche, was gegenüber dem vorigen Quartal ein Mehr von 1 Kollegen ist.

Dem Rassenbericht ist zu entnehmen, daß Vereinnahmt wurden 230,43 Mk., am Orte verausgabt 80,43 Mk., an die Verbandskasse abgesandt 150 Mk. Der Stand der Lokalkasse mit 442,13 Mk. ist als ein ziemlich guter zu bezeichnen. Die Rassen-geschäfte wurden seitens der Revisorinnen geprüft und in voller Ordnung befunden, wofür dem Kassirer die Anerkennung der Kollegen ausgesprochen wird. Die Benützung der Bibliothek war keine allzu große, seitens einiger Kollegen wird gewünscht, daß zur Bervollständigung derselben einige Neuanschaffungen vorgenommen werden mögen.

Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten geregelt wurden und der zweite Vorsitzende in warmen Worten des verstorbenen Fabrikinspektors Wrischhofer gedacht hatte, mit der Aufforderung, daß sich die Kollegen recht zahlreich an der für denselben vom Gewerkschaftskartell veranstalteten Gedächtnisfeier beteiligen mögen, erfolgt Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung, zu welcher auch sämtliche nichtorganisirte Kollegen am Platze, soweit deren Adressen uns bekannt waren, schriftlich eingeladen waren. Leider war der Erfolg dieser Einladungen ein sehr negativer.

Zu erwähnen wäre noch unser vor einigen Wochen abgehaltenes Gartenfest. Dasselbe war als ein in jeder Hinsicht gelungenes zu betrachten und brachte uns den schönen Ueberschuß von 138,23 Mk. ein.

Stuttgart. Unsere vierteljährliche Generalversammlung wurde am 19. Juli abgehalten.

Dem Geschäftsbericht zufolge fanden im verfloffenen Quartal 4 Mitglieder-, 1 General- und 1 öffentliche Versammlung statt. Der Versammlungsbesuch hat gegenüber dem vorigen Quartal etwas nachgelassen, was wohl auf die wärmere Witterung und auf den allgemeinen schlechten Geschäftsgang zurückzuführen ist. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 7 Sitzungen. Von seiner Thätigkeit ist besonders zu erwähnen, daß die Kontrolle der Arbeitslosen eine neue Regelung erfahren hat. An Vergütungen konnte in diesem Quartal nicht viel geboten werden, da unsere Kasse durch die große Arbeitslosigkeit zu sehr in Anspruch ge-

nommen war. Am 8. Juni fand eine Vertrauensmännerfözung statt, welche sich in der Hauptsache mit Tarifdurchbrechungen bzw. Nichtinhalten des Minimallohns zu beschäftigen hatte. Nicht vertreten waren in dieser Vertrauensmännerfözung die Firmen Union, Koch, Treutter und Zeller & Schmidt. Werkstabenversammlungen wurden 14 abgehalten, davon entsfielen die meisten auf die Firma Zeller & Schmidt. Es entstanden dort zunächst Differenzen zwischen dem Personal und dem Werkföhrer, die durch Entlassung des Letzteren beseitigt werden sollten. Diesem Verlangen des Personals wurde nicht stattgegeben, dagegen ihm zu verstehen gegeben, daß ja Derjenige gehen könne, dem es so nicht angenehm wäre. Dieses prozenthafte Verhalten der Firma ist nur daraus erklärlich, daß sie auf eingeschulte Arbeitskräfte nicht direkt angewiesen ist, weil durch die Reutlinger Konkurrenz weit billigere Arbeit geliefert wird, als sie bei tarifmäßiger Bezahlung überhaupt hergestellt werden kann. Es wird in Folge dessen Aufgabe der Reutlinger Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß sie den Stuttgarter Kollegen durch ihr billiges Arbeiten nicht allzu sehr Konkurrenz bieten.

In der Geschäftsbücherfabrik Wandel waren erfreulicher Weise die vermeintlichen Mißstände nicht vorhanden, die fälschlich berichtet wurden, doch ist das Verhalten einzelner älterer Arbeiter, die absolut vom Verband nichts wissen wollen, in vielen Fällen ein sehr unkollegiales. Bei der Firma Geiger, Kartonnagenfabrik, wurde mehrere Wochen über Zeit gearbeitet, ohne daß eine Mehrvergütung hiefür erfolgte, trotzdem sich der Prinzipal durch eigenhändige Unterschrift verpflichtet hatte, für Ueberzeitarbeit 33 1/2 Prozent mehr zu bezahlen. Die Lohnkommission sah sich schließlich genöthigt, hier einzugreifen, was zur Folge hatte, daß die Ueberzeitarbeit (allerdings nur von den organisirten Arbeitern) eingestellt wurde.

Die in jüngster Zeit eingeföhrten Schnellpressen neueren Systems haben unter den Pressern viel Bewegung verursacht. Zwei Presserversammlungen beschäftigten sich bereits sehr eingehend mit dieser Neuerung, die wohl eine größere Anzahl Presser ihrer Stellungen entheben wird. Zunächst haben sich die Presser dahingehend geeinigt, die Akkordarbeit an diesen Pressen absolut zu verweigern und angemessene Stundenlöhne zu fordern. Rechtsschutz wurde einem Kollegen gewährt. Derselbe verklagte die Firma J. Geiger beim Gewerbegericht wegen Nichtbeachtung des § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs, nach welchem dem in Kündigung stehenden Arbeiter diejenige Zeit, welche er zum Umschauen nach anderer Arbeit verwendet, bezahlt werden muß. Das Gewerbegericht verhalf dem Kollegen auch zu seinem Rechte und verurtheilte die Firma zur Zahlung der hiefür in Abrechnung gebrachten Zeit.

Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des zweiten Quartals 493 männliche und 241 weibliche Mitglieder.

Dem Rassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahmen der Verbandskasse 2532,31 Mk., Ausgaben 1425,06 Mk.; an die Verbandskasse abgeföhrt 1100 Mk. Einnahmen der Lokalkasse 1544,66 Mk., Ausgaben 758,39 Mk. Bestand am 1. Juli inkl. des vorhandenen Fonds 10164,43 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden 842,10 Mk. aus Verbandsmitteln und 394,35 Mk. aus lokalen Mitteln verausgabt; an Umzugskosten 75 Mk. Durch die Erhebung der Lokalfsteuer ist der Lokalfonds schon zu einer erfreulichen Höhe gestiegen, und wenn die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße um sich gegriffen hätte, könnten wir auch schon an den weiteren Ausbau unseres Unterstützungswezens, vielleicht an die Einföhrung eines Sterbegeldes oder dergleichen denken. Da jedoch nicht anzunehmen ist, daß in nächster Zeit die Arbeitslosigkeit bedeutend zurückgehen wird, und wir doch in erster Linie die Pflicht haben, unsere arbeitslosen Kollegen zu unterstützen, so soll von der Einföhrung eines neuen Unterstützungsweizens vorläufig Abstand genommen werden, zumal auch im nächsten Jahre die Tarifrevision stattfinden soll und wir unter Umständen eine gut gefüllte Kasse sehr wohl brauchen können.

Die große Anzahl der vorhandenen Restkassen veranlaßten den Kassirer, einen kurzen Ueberblick zu geben, wie sich dieselben auf die einzelnen Werk-

stufen verteilen; es ist dieses aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Firma	Zahl der Mitglieder		davon restlos			
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	Wochen	Wochen
Allt	4	3	1	4	—	—
Bandel	15	5	10	44	3	23
G. Büßler	5	—	4	23	—	—
Erbslein	43	9	28	165	6	32
Burg	4	—	4	17	—	—
Greiner & Pfeiffer	9	14	4	7	7	7
Geiger	7	12	1	1	3	4
Safenoß	8	1	1	4	—	—
Hausmann	4	—	3	16	—	—
Koch	68	19	28	76	5	6
Leub, Feuerbach	7	4	3	18	—	—
Luh	7	9	2	2	5	5
Lauer	60	20	32	243	8	15
Stähle & Friedel	10	27	5	19	6	15
Schwabe	27	21	13	35	7	21
Union	67	41	32	85	13	26
Verlagsanstalt	24	19	18	38	4	16
Wenning	12	1	10	62	1	1
Dreutter	5	—	4	11	—	—
Zeller & Schmidt	4	6	3	5	1	1
Rupp	8	2	6	35	—	—
Feil	8	—	3	16	—	—
Pfau	4	—	2	3	—	—
Gulmer & Seig	4	—	3	27	—	—
In kleineren Ge- schäften	79	28	21	172	2	9
	493	241	241	1125	71	181

An diese Zusammenstellung knüpfte sich eine sehr lebhaft debattierte, in welcher die Nachlässigkeit der einzelnen Mitglieder im Zahlen ihrer Beiträge einer scharfen Kritik unterzogen und dabei in Aussicht gestellt wurde, daß, wenn sich dieses Verhältnis nicht bessern sollte, die Namen der einzelnen Restanten verlesen werden müßten. Besonders zu bedauern aber ist es, wenn selbst Vertrauensleute mit einer größeren Anzahl Reste aufmarschieren, anstatt ihren Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Nachdem wurde das Lehrlingswesen in der Geschäftsbücherfabrik C. Lauer zur Sprache gebracht. Es werden dort die Lehrlinge in sehr ausgedehntem Maße zur Akkordarbeit herangezogen, wodurch ihre Ausbildung ganz bedeutend Noth leidet, auch muß die Heranziehung solch jugendlicher Kräfte zur Akkordarbeit für absolut schädlich erklärt werden und trägt auch zum großen Theile zu dem gerade in diesem Geschäft in trassester Weise hervortretenden Arbeitsmangel bei. Ueberhaupt waren die schädlichen Wirkungen der Akkordarbeit hier in kurzer Zeit so fühlbar geworden, daß schon im vorigen Jahre, kaum nach Einführung derselben, eine größere Anzahl Arbeitskräfte überflüssig wurde und auch die Arbeitszeit ganz bedeutend reduziert werden mußte. Und wiederum ist nun eine solche Geschäftsflaute dort vorhanden, daß sich das Personal genöthigt sieht, abwechselungsweise auszusehen, um weiteren Entlassungen vorzubeugen. Es ist wohl nicht zu verkennen, daß die allgemeine Krisis ihr redlich Theil dazu beiträgt, trotzdem trifft aber doch die Hauptschuld an den zur Zeit dort herrschenden Zuständen. Es besteht dort ein Akkordtarif, bei dem die Gehilfen auch so leidlich auf ihre Rechnung kommen; allerdings müssen diese mit je einem Lehrling zusammen arbeiten. Würden zwei Gehilfen zusammen arbeiten, so würden diese auch bei angestrengtester Thätigkeit nicht einmal den Minimallohn verdienen. Es ist dieses ein Zustand, der für die Dauer absolut unhaltbar ist und beseitigt werden muß. Wie es dabei mit der Ausbildung der Lehrlinge aussieht, wird am besten durch den Auspruch eines dort beschäftigten Akkordarbeiters charakterisirt, der sagt: „Wenn mein Lehrling“ (der, nebenbei erwähnt, bereits im vierten Jahre lernt) „nur ordentlich anschnürt, bin ich vollständig mit ihm zufrieden“. Auch in unserer vor Kurzem stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurden diese Zustände bereits erwähnt und dabei von unseren Kongreßbelegirten konstatiert, daß in Berlin, Leipzig und Hamburg eine derartige Ausbeutung der Lehrlinge, wie sie die Heranziehung zur Akkordarbeit naturgemäß bedingt, nicht zu finden ist. Auch in Stuttgart dürfte eine solche „Lehrlingsausbildung“ wohl einzig dastehen in ihrer Art.

Bundschau.

* Von Gau- und Zahlstellebevollmächtigten wird oft geklagt, daß im Verkehr mit einflussreichen Mitgliedern sei das bei Zufendung von Mitgliedsbüchern zwecks Anmeldung oft der Fall. Die Mitglieder werden darum auf Folgendes aufmerksam gemacht: 10 Pfg. Porto kostet ein Brief im Gewicht bis zu 20 Gramm, von 20 bis 250 Gramm Briefgewicht kommen 20 Pfg. Porto in Anschlag. Ein Mitgliedsbuch kann als Brief oder als „Geschäftspapier“ verandt werden; wird solches als Brief, also in verschlossenem Kouvert verandt, so ist unbedingt eine Frankierung mit 20 Pfg. nöthig. Wird das Buch unter Streifband oder in unverschlossenem Kouvert verandt, so darf selbstverständlich nichts Geschriebenes beigelegt werden. Es muß dann auf der Adressseite die Aufschrift „Geschäftspapier“ gemacht und mit 10 Pfg. Porto die Sendung versehen werden. In letzterem Falle wird die schriftliche Mittheilung am einfachsten mittels Postkarte gemacht.

* Die Geschäftsbücherfabrik von Fr. Derschmeier in Kaiserslautern soll nach mehrfach an uns ergangenen Zuschriften gerade nicht für die Buchbinder erstrebenswerthe Arbeitsverhältnisse haben, so daß es im Interesse unserer Kollegen erscheint, darauf öffentlich hinzuweisen. Der dort das Szepter führende Werkführer soll es besonders verstehen, trotz der vielfach verlockenden Versprechungen, die den Arbeitern anfänglich gemacht werden, die Löhne zu kürzen, sowie sich dem Personal gegenüber recht mißliebige zu machen, so hat es dieser Herr verstanden, den dort bisher üblichen Minimallohn von 18 Mk. auf 16,50, bezw. 15 Mk. herabzubringen.

* Der badische Fabrikinspektor Dr. Wörrischofer hat sich seines Ruhestandes nicht lange erfreuen können. Zwei Tage nach seinem Rücktritt aus dem Amte starb er. Die Karlsruher Gewerkschaften veranstalteten eine dem Verbliebenen höchst ehrenvolle Trauer- und Gedächtnisfeier. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates hielt eine Gedächtnisrede, in der er den Verstorbenen als wahren Freund der Arbeiterschaft feierte und dessen von sozialem Empfinden getragenes Schaffen und Wirken würdigte, dem Dank und Anerkennung seitens der Arbeiterschaft gezeigte. Der Redner gab den Gefühlen aufrichtiger Trauer, das die badische Arbeiterschaft anlässlich des Hinscheidens des ersten badischen Fabrikinspektors empfinde, Ausdruck und legte als äußeres Zeichen des Dankes und der Trauer einen von der organisirten Arbeiterschaft Badens gewidmeten Perlkranz am Grabe nieder. Ein von Gesangverein „Cassalia“ vorgetragenes Lied schloß die würdig und erhehend verlaufene Feier, der auch Angehörige des Verstorbenen und Beamte der Fabrikinspektion beiwohnten.

Die Karlsruher Arbeiter haben damit dem Gefühl und dem Weileid aller deutschen organisirten Arbeiter bereiten Ausdruck gegeben.

* Eine Submissionsblüthe wird vom „Elektromonteur“ mitgeteilt. Für eine drahtlose Telegraphenverbindung zwischen Sahnitz und Groß-Möllen am Ostseestrande bei Köslin läßt die Firma Siemens & Halske durch den Zimmermeister Treptow einen 50 Meter hohen Mast aufzurichten. Nachdem dieser Holzbaum bis zur Höhe von 37 Metern fertiggestellt war, mußte die Arbeit der stürmischen Witterung wegen einige Tage ruhen. Am Mittwoch, den 16. d. Mts., sollte das obere Ende aufgesetzt werden. Zu diesen halbschweren Arbeiten hatten sich jüngere Zimmerer nicht bereithalten lassen, es war deshalb ein früherer Seemann Erdmann aus Nest hinzugezogen worden. Mittags um 1 Uhr brach nun der zweitoberste, ziemlich dünne Balken, der daran gebundene E. fiel zur Erde, erlitt einen Genickbruch und starb. Treptow hatte die Arbeiten für 1800 Mk. übernommen; ein anderer Submittent hatte 5600 Mk. gefordert, weil er die Anbringung eines Baugerüstes im Interesse der Sicherheit der Arbeiter für notwendig hielt. Hätten wir eine gute Baukontrolle, dann wäre ein so frevelhaftes Spiel mit Menschenleben nicht möglich.

* Durch die Entscheidung des House of Lords über den Streik und Boykott der Taffthaleisenbahnangelegten, wo die Gewerkschaft zum Schadenersatz verurtheilt wurde, ermutigt, haben nun auch 74 Kohlenbergwerksgesellschaften in Südwales die Federation der Bergarbeiter verklagt zum Schadenersatz von 100 000 Pfund Sterling (2 Millionen Mark).

Die Klage richtet sich gegen das Komitee und zwar, weil es die Arbeiter böswillig und unrechtmäßiger Weise aufgefordert haben soll, einen Kontraktbruch des Vertrages der gleitenden Lohnskala zu begehen. Die Kläger verlangen eine Erklärung des Gerichts, daß die Fonds der Federation haftbar sind für den Schaden und die eventuellen Prozeßkosten. Beiderseits sind die bedeutendsten Anwälte für den Prozeß engagirt und ist man allgemein auf den Ausgang desselben gespannt.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Es besteht ein Vertrag zwischen den Arbeitern und den Bergwerkbeshirern, daß die Löhne sich immer nach den jeweiligen Kohlenmarktpreisen richten; dieser Vertrag gilt bis 1. Januar 1903. Abichtlich wurden nun von den Grubenbesitzern ungeheure Mengen Kohlen unter den gewöhnlichen Marktpreisen verkauft und damit auch die Löhne erniedrigt. Um nun diesem Einhalt zu gebieten, wurde von der Lohnskala-Kommission, und nicht von dem Vorstand, beschlossen, die Arbeiter aufzufordern, bestimmte Tage nicht zu arbeiten, was auch von der Bergarbeitern an verschiedenen Tagen gethan wurde. Dies ist die Ursache zur Klage, da durch das Nichtarbeiten doch die laufenden Ausgaben bleiben, dafür aber ein Verlust an Profit entstanden ist.

Die Bergarbeiter-Federation hat eine Mitgliedschaft von 128 000 und würde somit pro Mann ungefähr 1 Pfund Sterling zu bezahlen haben, sollte die Entscheidung zu ihren Ungunsten ausfallen. Weiter wäre es auch eine Gefahr für die gesammte Arbeiterschaft, der es dann unmöglich wäre, überhaupt noch Streiks oder Boykotts zur Verteidigung oder zum Angriff zu führen.

Auf dem diesjährigen Kongreß der Trades Unions, welcher in London stattfindet, wird jedenfalls die Angelegenheit erörtert werden und findet auch am Sonntag vor dem Kongreß eine Protestdemonstration gegen die Entscheidung des House of Lords statt. Die Gewerkschaften werden von sechs verschiedenen Punkten mit ihren Fahnen und Musik nach einem Plaque marschieren und von dort gemeinsam nach dem Hyde Park ziehen. Es verspricht dies ganz gewaltig zu werden, doch ob das allein irgend einen Einfluß haben wird, ist eine andere Sache.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pfg. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 44.

Der in seinem 27. Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1903** (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält u. A.: Kalendarium.—Postwesen.—Statistische Schnittele.—Mischbild.—Messsen und Märkte.—Im Kreislauf des Jahres.—Pharaos Traum. Von Emil Rosenow (mit Illustrationen).—Morgenrot. Gedicht von Ludwig Lessen.—Welche Aufgaben stellt die Säuglingssterblichkeit der bürgerlichen Gesellschaft? Von Curt Freudenberg.—Volksrecht. Gedicht von Robert Seidel.—Bruno Schoenlant. Von I. A. (mit Portrait).—Vom Obibaum und seinen Früchten. Von Curt Grottelwih.—Ein Glückspilz. Erzählung von Robert Schweichel (mit Illustrationen).—Karl Bürkli. Von Hermann Greulich (mit Portrait).—Die Waggdabbahn und die asiatische Türkei. Von Max Schipfel (mit Illustrationen).—Der St. N. entgegen. Gedicht von Ludwig Lessen.—In St. Gallen. Von I. A.—Wie man vor 150 Jahren Buchbindergefelle wurde. Von Dr. Adolf Braun.—„Ach—was verstehst Du davon!“ Skizze von Helma Steinbach.—Wie wiegt man die Erde? Von Dr. Bruno Worchardt (mit Illustrationen).—Russische Revolutionen. Von A. Demmer.—Prüfung von Schiffsmoellen. Von A. G. (mit Illustrationen).—Splitter.—Auf der Rehrmaschine. Gedicht von Ernst Prezag.—Fliegende Blätter.—Ueberlistet. Von R. K.—Für unsere Nähstellscher.—Trächtigtets- und Bräutkalender.—Hierzu vier Kupfer: Deputation der Kohlengräber.—Von der Arbeit.—Raft.—Verregnetes Fest.—Ein Vierfarbendruck auf Kunstbrucpapier: Abschied.—Ein Wandkalender.

Briefkasten.

M. R. in G. Bericht über Krankenkassenversammlungen würde ich nur in ganz besonderen Fällen aufnehmen.

B. D. in G. Warum wollen Sie das nicht öffentlich mitteilen? Oder ist es ein Geheimmittel?

Zurückgestellt: Korrespondenz aus Berlin, ferner Breslauer Brief und Artikel: Ein Beitrag zur Agitation.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungsausgeber.

Fischerwalde. Z. S. Klein, Sonnenwalderstraße 8; von 1-2 und 6-7 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr. M. 18 Mt. (Goldschmittmacher Alford). Az. 9 1/2 und 10 St.

Karlstraße. Z. Adolf Güber, Nigarrengeschäft, Erbspringenstraße 40, Eing. Karlstraße, vis-à-vis dem Hauptpostgebäude. Auszahlung zu jeder Tageszeit. M. 18 Mt. Az. 9 1/2 St.

Säbenscheld. Z. Max Müller, Goethestraße 4; von 1/2-1/2 und 7-8 Uhr. M. 18 Mt. H. S. Kühler, Boufensstraße.

Abrechnungen

vom 2. Quartal 1902 sind vom 30. Juli bis 5. August bei der Verbandskasse eingegangen: Von Bant-Wilhelms-haven mit 74,87 Mt., Barmen 58,11 Mt., Berlin 2000 Mt., Bielefeld 139,76 Mt., Bremen 85 Mt., Dortmund 40 Mt., Eisenberg 100 Mt., Gelsenkirchen - Mt., Halle 30 Mt., Hamburg 283,59 Mt., Hagen 20 Mt., Krefeld 39,92 Mt., Lübeck 57,45 Mt., Mannheim - Mt., Plauen - Mt., Saalfeld 39,32 Mt., Stettin - Mt., Gau 1 - Mt., Gau 3 36,56 Mt., Gau 5 151,90 Mt., Gau 6 23,52 Mt., Gau 8 63 Mt., Gau 18 100 Mt. und vom Gau 15 mit 69,08 Mt.

Diejenigen Zahlstellen- und Gau Bevollmächtigten, welche eine Abrechnung noch nicht eingefandt haben, werden um sofortige Einlieferung ersucht. E. Haeflens.

NB. Die nach dem 30. Juni eingegangenen Gelder kommen erst im 3. Quartal als „an die Verbandskasse eingefandt“ zur Berechnung.

Anzeigentheil.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 13. August, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal I), Engel-Ufer 16 **Mitglieder-Versammlung.**

502] Tagesordnung: [4.40

- 1. Vortrag des Genossen Wiesenhal über: „Aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“.
- 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Sonnabend den 16. August

Dampfer-Mondscheinfahrt

mit Musik

nach „Wilhelminenhof“ in Obershöneweide.

Großer Sommernachts-Ball.

Um 12 Uhr:

Grosse Fackel-Polonaise.

Von 3 Uhr Morgens ab:

Gemüthliches Kaffeeloch.

Billet 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt inkl. Tanz. Rückfahrt Morgens 5 Uhr.

Abfahrt der beiden ersten Dampfer präzis 1/2 9 Uhr von der Dampferstation „Rathshaus“, zwischen Waisen- und Jannow-Brücke.

Billets sind noch in allen Zahlstellen, bei den Vertustubens-Vertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau zu haben.

Die zum Vertrieb entnommenen Billets sind bis spätestens Mittwoch den 13. August abzurechnen, andernfalls gelten dieselben als verkauft.

Die Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen. D. O.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc.

Verwaltungsstelle Hannover.

Sonntag den 17. August 1902

Großes Sommerfest im Bahrenwalder Thurm mit Kinderbelustigungen, Gesellschaftsspielen und Ball.

503]

Bei eintretender Dunkelheit:

[4.20

Abbrennen eines grossen Monstre-Brillantfeuerwerks.

Eintrittskarten im Vorverkauf 10 Pf. — Anfang 4 Uhr.

Der Heberschnuß ist zum Besten der ausgeheuereten kranken Mitglieder. Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Leipzig.

Achtung!

Das wegen der Landestrauer verschobene

Sommerfest

findet am Sonnabend den 23. August statt.

504] Anfang 5 Uhr. [2.80

Die vorhergelisteten Programme sind gültig. Kollegen, welche verhindert sind, schon um 5 Uhr das Fest besuchen zu können, werden gebeten, ihre Frauen und Kinder voranzuschicken.

Nach Schluß des Konzertes großes Brillant-Feuerwerk.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Unseren lieben Kollegen

[0.60

J. A. Berger und A. Reiche

bei ihrer Abreise von hier ein „Herzliches Lebewohl!“ 505] Zahlstelle Köln.

Unseren Kollegen

[1.10

**Wilhelm Mayer
Josef Gertner
Heinrich Nieser**

zu ihrem Scheiden von hier ein „Herzliches Lebewohl!“ 506] Zahlstelle Gelsenkirchen.

Unserem lieben Verbandskollegen

[0.80

Karl Wenninger

zu seinem 24. Wiegenfest die besten Glückwünsche!

507] 5. Jahr t. B.

Mappes, Barthelmann, Wilsner.

Der Preffer Adolf Buchner aus Stuttgart wird ersucht, seinen Verpflichtungen in Schüttels-Hof, Leipzig, nachzukommen. 508] [0.80

Für das Musterzimmer einer Fabrik Thüringens wird ein

ordnungsliebender Buchbinder,

welcher im Vergolden erfahren ist, zum sofortigen Antritt gesucht.

Offerten mit Angabe der Lohnansprüche unter L. D. 3872 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse, Leipzig. 509]

Etuistischer,

tätiger Arbeiter, speziell für bessere Schmutzetuis und Etalagen, wegen Abgang des jetzigen zum Militär, in gute, dauernde Stellung gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an J. & G. Gottschalk, Leipzig, Salomonstraße 14, einzufenden. 510] [1.80

Moderne lechtechte Buchschnittfarben

Neu! zum Färben Neu! liefert in jedem gewünschten Farbenton per Liter 3 Mt. Probeflasche 25 Pf. excl. Porto. P. Scharf, Buchschnittfarben-Geschäft, Leipzig, Thalftr. 1. [511] [-.50

Elomte's Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Begehrte, 856 Seiten geb. Mt. 1.20. In allen Buchhdl. zu haben od. gegen Eins. von Mt. 1.40 bei G. Elomte's Verlag Bielefeld. 512] [1.20

„Achtung Schöneberg.“

Thelle hierdurch allen Kollegen und Freunden mit, daß ich am 1. August das Local [1.50

Schöneberg

Gothenstrasse 51

übernommen habe und bitte um werthen Zuspruch. Mit kollegialischem Gruß

513] Georg Weltner.

Leipzig. Restaurant & Gutenberg,

Johannisplatz 19/21. Empfehle meine neuerbauten Lokalitäten mit Saal und Gesellschaftszimmer werthen Vereinen und Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. [2.00

Speisen und Getränke in bekannter Güte.

514] J. Rohm.

O. Müllers Restaurant u. Café

Möckern b.L., Kirchweg 32, Endstation d. Gr. Elektrischen Strassenbahn (Linie Möckern-Gonnwitz). [1.20

Fernsprech-Anschluss 7945. Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur Benutzung.

Biere und Speisen von bekannter Güte. Mit Gruß Otto Müller.

Kaffee Schmale

(früher Kaffee Siebert)

Hauptverkehr der Buchbinder

516] Berlin, Sebastianstraße 42. [1.60

Kaffee 10 Pf. — Schültheißbier 10 Pf. Warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Franz. Billard. — Große Auswahl Zeitungen.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein

Weiß- & Bayerisch-Bierlokal

nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz. Billard. [2.00

Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt. Gemüthlicher Aufenthalt. Telefon Amt 4 a 6591. 517] Gustav Ludwig,

Berlin, Rommandantenstraße 85, Zahlstelle des Verbandes und der Hilfskassenkasse.

Protokoll

über die

am Sonntag den 29. Juni und Montag den 30. Juni 1902 in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15

abgehaltene regelmäßige

Ordentliche Generalversammlung

der

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige (Eingelchr. Hilfskasse).

In Ausführung des Beschlusses der letzten ordentlichen Generalversammlung zu Leipzig, die nächste ordentliche Generalversammlung in Berlin abzuhalten, hat der Vorsitzende des Vorstandes der Kasse, laut der im Kassenorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, in Nr. 13, de dato Stuttgart den 29. März 1902, 18. Jahrgang, erschienenen Bekanntmachung vom 22. März 1902, also in Nachachtung der Vorschrift in § 31, Abs. 2 des Kassenstatuts rechtzeitig und formrichtig durch das Kassenorgan bekannt gegeben, daß die regelmäßige ordentliche Generalversammlung Sonntag den 29. und Montag den 30. Juni 1902 in Berlin, Engelufer 15, Gewerkschaftshaus, stattfindet und daselbst Vormittags 1/2 10 Uhr eröffnet wird. Mit dieser öffentlichen Bekanntmachung ist gleichzeitig folgende Tagesordnung bekannt gegeben worden:

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Prüfung und Bestätigung der Jahresrechnung von 1899 bis 1901.
4. Beratung und Beschlußfassung der auf Änderung des Statuts gestellten Anträge.
5. Feststellung der Beamtenegehälter.
6. Wahl und Entlastung des Vorstandes, des Ausschusses und deren Ersatzmänner.
7. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung.
8. Verschiedenes.

Die Anträge, welche auf die Tagesordnung dieser Generalversammlung kommen sollten, sind im Kassenorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, in Nr. 21, de dato Stuttgart den 24. Mai 1902, 18. Jahrgang, vom Vorsitzenden des Vorstandes veröffentlicht worden und so zu allseitiger Kenntnis gebracht worden. Sie sind also auch nach § 31 Abs. 3 rechtzeitig dem Vorstand schriftlich mitgeteilt. Der Termin zur Wahl der Abgeordneten zu dieser Generalversammlung war in Nachachtung der Vorschrift in § 27 Nr. 12 des Statuts nach Ausweis der öffentlichen Bekanntmachung über die Einberufung der Generalversammlung vom Vorstand auf den 31. Mai 1902 bestimmt und veröffentlicht, auch gleichzeitig in derselben Bekanntmachung die Wahlabtheilungen, sowie die Zahl der Abgeordneten für jede Wahlabtheilung bekannt gegeben worden.

Im Kassenorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, in Nr. 21, de dato den 24. Mai 1902, 18. Jahrgang, ist die Aufforderung zur Wahl der Abgeordneten seitens der einzelnen Verwaltungsstellen unter Bekanntgabe des Wahltermins auf den 31. Mai 1902 und unter gleichzeitigem Abdruck des Wahlreglements öffentlich erschienen.

Zu der auf den 29. und 30. Juni 1902 einberufenen regelmäßigen ordentlichen Generalversammlung waren am Montag den 29. Juni 1902 Vormittags 1/2 10 Uhr in Berlin, Engelufer 15, Gewerkschaftshaus, erschienen:

a) vom Vorstand der Zentralkasse:
Herr P. Brandmair aus Leipzig, Vorsitzender,
Herr P. Stäbter aus Leipzig, Kassirer;

b) vom Ausschuß:
Herr W. Tilgner aus Berlin, Vorsitzender des Ausschusses.

Für die Wahlabtheilungen:

I. Wahlabtheilung.

Die Herren Nob. Blei, R. Narbten, D. Zipperer, W. Taschberg, G. Galisch, M. Walther, G. Bergmann, sämtlich aus Leipzig.

II. Wahlabtheilung.

Die Herren Paul Schneider, L. Woller, D. Schneider, G. Bäßler, B. Jost, P. Stanowski, sämtlich aus Berlin.

III. Wahlabtheilung.

H. Falke, G. Weinschilb, G. Keller, sämtlich aus Offenbach.

IV. Wahlabtheilung.

Chr. Schopper, Hugo Hänsel aus Stuttgart.

V. Wahlabtheilung.

Georg Schröder aus Hannover.

VI. Wahlabtheilung.

Karl Müller aus Dresden.

VII. Wahlabtheilung.

Kour. Röber aus Frankfurt a. M.

VIII. Wahlabtheilung.

Nich. Moses aus München.

IX. Wahlabtheilung.

Wilh. Büch aus Hamburg.

X. Wahlabtheilung.

L. Schlegel aus Nürnberg.

XI. Wahlabtheilung.

Gust. Siegel aus Annaberg.

XII. Wahlabtheilung.

Joh. Hajdt aus Schleiz.

XIII. Wahlabtheilung.

Leo Weber aus Magdeburg.

XIV. Wahlabtheilung.

Paul Göbde aus Bremen.

XV. Wahlabtheilung.

Jos. Kurz aus Bonn.

XVI. Wahlabtheilung.

M. Merzenich aus Dortmund.

XVII. Wahlabtheilung.

Bernh. Groenhoff aus Elberfeld.

XVIII. Wahlabtheilung.

Joh. Reiß aus Bieber.

XIX. Wahlabtheilung.

G. Adam aus Würfel.

XX. Wahlabtheilung.

Andreas Becker aus Hausen.

XXI. Wahlabtheilung.

Chr. Bauer aus Grünstadt.

XXII. Wahlabtheilung.

Georg Vogel aus Lahr.

XXIII. Wahlabtheilung.

J. G. Döfel aus Erlangen.

XXIV. Wahlabtheilung.

Emil Berlinghoff aus Sena.

Ferner waren anwesend der unten zu erwähnende juristische Beistand, sowie die noch anzuführenden zwei Zeugen.

Der Vorsitzende der Zentralkasse, Kollege Brandmair, eröffnete die Generalversammlung mit einem Willkommen und einer kurzen Skizzierung des Hauptzwecks der Versammlung und übergab dem Kollegen Woller-Berlin, als dem ältesten Abgeordneten, das Wort zur Leitung der Bureauwahl. Woller beruft Galisch-Leipzig als provisorischen Schriftführer.

Es werden:

Bäßler als erster Vorsitzender,
Blei-Leipzig als zweiter Vorsitzender,
Woller-Berlin als erster Schriftführer einstimmig gewählt. Sie nehmen die Wahl an. Das Bureau übernimmt die Leitung der Versammlung.

Es werden gewählt zur Mandatsprüfungskommission:

Stanowski, Walther und Weinschilb.
Bäßler verliest die Geschäftsordnung, die von der Versammlung genehmigt wird.

Er theilt sodann mit, daß zugezogen sind:

1. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht-Berlin, als juristischer Beistand,

2. die Kollegen Paul Jahn und Gustav Reuter-Berlin, als Zeugen.

Die Zugehung wird genehmigt.

Demnächst tritt eine Pause von 10 Minuten ein, nach deren Ablauf die Mandatsprüfungskommission Bericht erstattet.

Sämtliche 38 Mandate werden für gültig erachtet, auch das mit dem Protest einiger Kassensmitglieder versehen des Kollegen Röber-Frankfurt. Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt die Anwesenheit aller 38 Delegierten.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1 giebt Brandmair den Geschäftsbericht.

Die Besprechung des Berichtes wird eröffnet.

Eine kurze Diskussion entspinnt sich über die Benützung der „Portefeuille-Zeitung“ zu den Kassenspublikationen, sowie über die Mahnschreiben, die in vielen Zahlstellen üblich sind. In Bezug auf letztere bemerkt Brandmair, daß die Kasse zu Mahnschreiben nicht verpflichtet ist und eine Möglichkeit zur Erzwungung der Zahlung der Mahnkosten nach der bisherigen Ansicht der Aufsichtsbehörde nicht bestehe.

Darnach wird dem Vorstand Decharge erteilt. Stäbter berichtet sodann im Anschluß an die gedruckt vorliegenden Jahresberichte aus 1899, 1900, 1901 über die Kasse. Nach einigen kurzen Bemerkungen der Kollegen Merzenich, Büch und Nordten wird dem Kassirer einstimmig Decharge erteilt.

Zu Punkt 2 berichtet Tilgner.

Schröder regt an, daß in allen Fällen von Beschwerden der Ausschuß den betroffenen Ortsverwaltungen Mitteilung machen möge.

Der Ausschußbericht wird genehmigt.

Zu Punkt 3 findet keine Diskussion und kein Widerspruch statt.

Zu Punkt 4.

Zu Antrag 1 beantragt Stanowski Uebergang zur Tagesordnung. Dagegen spricht Büch, dafür Paul Schneider.

Der Antrag Stanowski findet Annahme.

Zu Antrag 2 spricht befürwortend Weinschild; er verweist auf die große Zahl der im Portefeuille-Verband organisierten Kassensmitglieder.

Brandmair bittet, den Antrag abzulehnen, da die Schaffung eines zweiten Zwangsorgans eine Vermehrung der formalen Fuhgeln bedeute; er empfiehlt die Annahme einer Resolution, die den Vorstand beauftragt, in allen Fällen, wo Portefeuille in Betracht kommen, thunlichst auch in der „Portefeuille-Zeitung“ zu publizieren.

In gleichem Sinne sprechen sich Fost und Stanowski gegen den Antrag aus; Stanowski meint, daß es möglich sei, die Berichte der „Portefeuille-Zeitung“ als Beilage beizufügen.

Schopper greift den Antrag auch vom Standpunkt der finanziellen Belastung aus an; er hält die Anregung Stanowskis für beachtlich, Falke würde mit einer Resolution im Sinne Brandmairs einverstanden sein; ebenso Keller.

Nachdem noch Paul Schneider, Röber, Weinschild, welche letzterer sich gegen Stanowskis Antrag wendet und die kassenagatorische Bedeutung der Veröffentlichung in der „Portefeuille-Zeitung“ betont, Walther, Moses, der sich für Stanowskis Vorschlag ausspricht, Nordten, der es für selbstverständliche Pflicht des Vorstandes hält, soweit Portefeuille in Frage kommen, in der „Portefeuille-Zeitung“ zu publizieren, Brandmair und Adam gesprochen haben, bringt Weinschild folgenden Antrag ein: „Sämtliche Anträge, Bekanntmachungen des Zentralvorstandes, Quartals- und Jahresabrechnung, sowie sonstige Veröffentlichungen der Zentral-Kassentrassen auch in der „Portefeuille-Zeitung“ zu veröffentlichen.“

Antrag 2a. Moses spricht gegen diesen Antrag, Reiz dafür, indem er eine Ergänzung des Antrags wünscht. Keller verteidigt den Antrag 2a. Nach kurzen Bemerkungen Müllers beantragt Paul Schneider Schluß der Debatte.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nach einigen Worten Verlinghoffs wird der Antrag zu 2 der Tagesordnung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei Fortsetzung der Debatte über den Antrag Weinschild ergreift zunächst Brandmair das Wort; er bezeichnet den Antrag als nicht klar genug und als zu weitgehend, und zwar auch gegenüber dem Gedanken des Antragstellers selbst.

Paul Schneider bringt folgende Resolution ein: „Die Generalversammlung wolle bezüglich der Bekanntmachung in der „Portefeuille-Zeitung“ beschließen, dieses dem Zentralvorstand zu überlassen.“

Weinschild spricht für seinen Antrag; er weist die Annahme, daß er einen materiellen Vorteil für den Portefeuille-Verband erstrebe, nachdrücklich zurück. Die Gesamtkosten könnten höchstens 150 bis 160 Mark betragen.

Schneider befürwortet seinen Antrag, indem er die Ausführungen Weinschildes als sympathisch, den Antrag als zu weitgehend bezeichnet.

Reiz spricht für den Antrag Weinschild; Göbde dagegen. Gegen die Resolution Schneider wendet sich Falke. Moses gegen Weinschildes Ausführungen.

Nach einigen Bemerkungen Voigts geht ein Antrag Verlinghoff ein (2b):

„Alle Bekanntmachungen des Zentralvorstandes in der „Buchbinder-Zeitung“ der „Portefeuille-Zeitung“ für das Pauschquantum von 150 Mark zum Abdruck zu überweisen.“

Otto Schneider stellt und begründet die Resolution (2c):

„Der Zentralvorstand wird beauftragt, soweit es die Interessen der Mitglieder erheischen, auch in der „Portefeuille-Zeitung“ bekannt zu geben.“

Bergmann und Zipperer sprechen zu den Anträgen.

Sämtliche Anträge und Resolutionen werden zurückgenommen, nachdem nunmehr Brandmair den Antrag (2d) gestellt hat:

„Der Zentralvorstand wird veranlaßt, alle von den Verwaltungen für die „Portefeuille-Zeitung“ eingesandten Inserate, die Kasse betreffend, sowie alle für die gesammten Mitglieder wichtigen Bekanntmachungen in dieser Zeitung zu veröffentlichen. Die Vierteljahrsabrechnung aber, verpflichtet sich die „Portefeuille-Zeitung“ gegen eine mäßige, noch festzusetzende Entschädigung zum Abdruck zu bringen.“

Der Antrag Brandmair wird einstimmig angenommen.

Nach einer Pause von 1 1/2 Stunden wird das Protokoll bis hierher verlesen und genehmigt.

Zu Antrag 3 und 4: Gänfel, Verlinghoff und Röber ergreifen zunächst das Wort.

Schröder spricht gegen beide Anträge.

Weber tritt für Antrag 4 ein.

Falke bittet, an dem bestehenden Zustand festzuhalten; desgleichen Taschenberg und Schopper. Beide Anträge werden abgelehnt.

Den Antrag 5 bekämpft Paul Schneider. Müller befürwortet ihn. Weinschild, Brandmair, Falke sprechen wieder dagegen, Schopper meint, der Antrag habe Vieles für sich. Müller meint, es müsse dann wenigstens statutarisch festgelegt werden, daß die Aufnahme neuer doppelt verifizierter Mitglieder nur in die III. Klasse stattfinden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Gegen Antrag 6 wendet sich Weinschild, Brandmair, der hervorhebt, daß der Antrag allerdings einen guten erzieherischen Grundgedanken habe, Verlinghoff und Gaydt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Für Antrag 7 sprechen Gänfel und Merzenich. Dagegen Weinschild, Otto Schneider, Verlinghoff. Tilgner hebt hervor, daß ein Verlust von Marken den Mitgliedern dann nicht zustoßen könne, wenn alle Kassirer ihre Pflicht thäten, und die Marken freizinkleben. Die Möglichkeit eines

solchen Verlustes könne also nicht für den Antrag ins Gewicht fallen.

Gänfel bestreitet, daß das sofortige Einkleben freizinklebend sei.

Büch spricht für den Antrag, da das Buch ein Werthobjekt sei, das geschützt werden müsse. Paul Schneider wendet sich gegen die Ausführungen Gänfels, berichtet, daß in seinen Verwaltungen der Kassirer für den Fall des Verkaufs loser Marken in eine Strafe von 3 Mark verfällt.

Falke bittet um Ablehnung des Antrags 7. Müller meint, daß der Verkauf loser Marken manchmal leider, und zwar gerade im Interesse der Kasse nicht zu umgehen sei; in Dresden werde thatsächlich, wie Paul Schneider ironisch gemeint hatte, manchmal verlangt, daß die Marken in die Häuser gebracht werden. Nach einigen Ausführungen Schoppers legt Brandmair die mit der Abgabe loser Marken verbundenen Gefahren eingehend dar.

Demnächst wird die Debatte geschlossen und der Antrag abgelehnt.

Die Anträge zu 8 bis 13 und der folgende Antrag der Kollegen Brandmair und Stäbter (13a):

I. Klasse: 45 Pf. Beitrag, Krankengeld (§ 10 Abs. 1) pro Tag 2 Mk., pro Woche 12 Mk.; Abs. 2: 2,50 Mk. pro Tag, 15 Mk. pro Woche.

II. Klasse: 38 Pf. Beitrag, Krankengeld (§ 10 Abs. 1) pro Tag 1,70 Mk., pro Woche 10,20 Mk.; Abs. 2: 2,20 Mk. pro Tag, 13,20 Mk. pro Woche.

III. Klasse: 35 Pf. Beitrag, Krankengeld (§ 10 Abs. 1) pro Tag 1,50 Mk., pro Woche 9 Mk.; Abs. 2: 2 Mk. pro Tag, 12 Mk. pro Woche.

IV. Klasse: 22 Pf. Beitrag, Krankengeld (§ 10 Abs. 1) pro Tag 0,85 Mk., pro Woche 5,10 Mk.; Abs. 2: 1,20 Mk. pro Tag, 7,20 Mk. pro Woche werden zur Beratung verbunden.

Siegel spricht gegen die Erhöhung der Beiträge für die III. und IV. Klasse; er meint, es empfehle sich, zunächst mit 32 Pfennig für die III. Klasse den Anfang zu machen oder die Unterstützungen zu reduzieren. Er fürchte sonst starken Verlust an Mitgliedern.

Nordten giebt zu, daß eine Erhöhung der Beiträge oder Minderung der Leistungen nötig sei; er bekämpft aber die Erhöhung der III. Klasse auf 35 Pfennig. Wenn um 2 Pfennig erhöht werde, so bringe das schon 5600 Mark Mehreinnahmen. Er empfiehlt, den Antrag Leipzig (Nr. 10). Brandmair meint, man sei nicht geonnen, eine Flickarbeit zu leisten; die Mehreinnahme von 5600 Mark werde Leipzig allein aufbrauchen müssen. Die Kasse habe sich zu höheren Leistungen verpflichtet, als wie jemals in der Vergangenheit, und diese Leistungen seien zu hoch im Verhältnis zu den Einnahmen. Die Kasse habe jetzt nicht nur mit den Kranken, sondern auch mit denen zu rechnen, bei denen die Befürchtung von Krankheiten besteht. Nebner legt an der Hand einer Statistik dar, daß die Buchbinderkassen mit 36 Pfennig für 1 Pfennig weit mehr, zum Teil das Doppelte leiste wie die anderen Zentralkassen. Das Interesse der Kasse verlange, wie der Klassenbericht angebe, eine vernünftige Beschränkung. Die Leistungen werden zunehmen müssen, da die Zahl der älteren Mitglieder zunehme.

Bauer spricht gegen den Antrag des Vorstandes und der Kollegen Brandmair und Stäbter (13a), eventuell ist er bereit, für den Antrag Leipzig zu stimmen.

Grünhoff ist eher für eine Herabsetzung des Krankengeldes als für eine Erhöhung der Beiträge.

Paul Schneider tritt für den Antrag 13a ein; er betont, daß die älteren Mitglieder die Kasse im Allgemeinen weniger in Anspruch nehmen als die jüngeren, die zu sehr auf ihren egoistischen Vorteil bedacht seien, während der Beitritt aus idealistischen Gründen mehr und mehr abnimmt, alle Kontrolle könne eben bei dem Stande der ärztlichen Wissenschaft leider nicht vor der Simulation schützen. Die Krise des Wirtschaftslebens sei noch längst nicht abgeschlossen.

Schröder tritt dem im Allgemeinen bei, hält aber die Erhöhung auf 35 Pfennig für zu hoch. Er hält den Antrag Augsburg für das Neueste und die Verhältnisse der Kasse noch nicht für so schlimm. Die Krise sei wohl im Abflauen. Der Reservefonds stehe beträchtlich über der gesetzlichen Mindesthöhe; im Notfall könne man auf diesen Vorrath ohne Gefahr für die Kasse zurückgreifen, und nach 3 Jahren dann weitere Remedur schaffen.

Ähnlich äußert sich Büch. Er meint, gerade die Zunahme der Mitglieder habe die prozentuale Abnahme des Vereinsvermögens notwendig zur Folge. Die I., II. und IV. Klasse hätten gut gearbeitet. Es möge zutreffen, daß die doppelt Versicherten die Kasse relativ mehr belasteten, und zwar, weil sie zunächst älter seien; in anderer Beziehung koste nach einer von ihm aufgestellten Berechnung der einfach Versicherte der Kasse mehr, als der doppelt Versicherte.

Wenn die III. Klasse auf 35 Pfennig erhöht werde, müsse die II. Klasse auf 40 Pfennig gesetzt werden. Der Antrag Augsburg genüge durchaus.

Brandmair vertritt seinen Standpunkt von Neuem in längeren Darlegungen. Es treffe nach einer Erhebung zu, daß die jüngeren Mitglieder im Allgemeinen die Kasse mehr belasteten als die älteren. Bei 3300 einfach Versicherten belaufe sich die Kassenleistung auf 11,60 Mark pro Kopf, bei 5300 doppelt Versicherten auf 18,80 Mark pro Kopf.

Auch auf die drohende Novelle, die die Mindestleistungen erhöhen werde, müsse schon Rücksicht genommen werden; nur der Antrag 13a könne sichere Gesundung schaffen.

Müller zieht den Antrag Dresden (Nr. 12) zurück, er hält im Allgemeinen den Antrag 13a, von wenigen Ausfektionen abgesehen, für richtig.

Weinschild befürwortet einen Antrag, die Leistungen der III. Klasse um 60 Pfennig in der Woche zu reduzieren, in der IV. Klasse, der „Agitationsklasse“, um 30 Pfennig zu erhöhen, die Beiträge unverändert zu lassen.

Döfel spricht sich für den Antrag 13a aus. Städter betont, daß die Erhöhung der III. Klasse auf 32 bis 33 Pfennig nicht hinreiche. Der Antrag 13a sei das Mindeste.

Merzenich spricht seine Bewunderung darüber aus, daß gerade die großen Verwaltungsstellen sich gegen die ausreichende Erhöhung sträuben; er müsse die Erhöhung der Beiträge energisch befürworten.

Röder tritt für den Antrag 39 ein, dessen gleichzeitige Besprechung beschlossen wird.

Schopper beantragt, eine Subkommission von 5 Kollegen einzusetzen zur näheren Erörterung der Anträge 8 bis 13a und 39.

Zunächst wird die Einsetzung der Kommission einstimmig beschlossen. Es wird von anderer Seite eine Mitgliederzahl von 7 Personen vorgeschlagen. Die Kopfzahl von 5 Mitgliedern wird angenommen, es werden in die Kommission einstimmig gewählt: Paul Schneider, Falke, Büch, Nardten, Zipperer.

Die Debatte wird geschlossen und der Kommission der Auftrag erteilt, bei dem morgigen auf 8 Uhr früh festgesetzten Zusammentritt zu berichten.

Das Protokoll wird hiernach verlesen und genehmigt und die Verhandlung auf den 30. Juni früh 8 Uhr vertagt.

Berlin, den 30. Juni 1902.

8¹/₄ Uhr früh wurde die Versammlung mit Verlesung der Präsenzliste, die die Anwesenheit aller Delegierten ergab, eröffnet.

Eine Begrüßungskarte wurde verlesen.

Demnächst erstattete Paul Schneider den Bericht der Zünfterkommission.

Man hat sich dahin geeinigt, den Antrag 13a mit folgenden Modifikationen zur Annahme vorzuschlagen (13b):

Klasse III: 33 Pfennig Beitrag, Krankengeld

§ 10 Abs. 1 pro Tag 1,45, pro Woche 8,70 Mark

= 2 = = 1,95, = = 11,70 =

Klasse IV: = 1 = = —,95, = = 5,70 =

= 2 = = 1,25, = = 7,50 =

Schneider empfiehlt die Annahme dieses Antrags aufs Wärmste. Bei den Veränderungen in Klasse IV sei auf die Wünsche der Dresdener Rücksicht genommen.

Kollege Wei greift auf die Äußerungen Brandmairs und Merzenichs über die Verwaltungsstellen zurück. Er betont, daß gerade die Verwaltungsstelle Leipzig an der Schaffung der vorhandenen Kapitalien hervorragend beteiligt gewesen sei, also eine gewisse Rücksicht zu fordern berechtigt sei. Die Mitglieder der III. Klasse dürften nicht darunter leiden, daß sie in höhere Klassen nicht eintreten dürften und ihnen der Uebertritt in die höheren Klassen unmöglich gemacht sei. Der Kommissionsantrag sei ihm sehr unympatisch; er gehe viel zu weit, treffe die III. Klasse viel zu schwer und werde die Kasse in kurzer Zeit wieder nöthigen, die Beiträge herab- und die Leistungen heraufzusetzen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse würden sich jedenfalls im nächsten Jahre bessern. Das Dreipfennigssystem sei äußerst unpraktisch.

Kollege Wei mahnt dringend vor jeder persönlichen Erregung ab. Kollege Brandmair befreit, einen Vorwurf gegen die Leipziger Verwaltung erhoben zu haben. Falke legt in umfangreichem Zahlenmaterial dar, daß die Kasse im Gegensatz zu anderen Zentralkassen noch im Wesentlichen von den höheren zu den niederen Klassen fortschreitend verhältnismäßig sich steigende Leistungen gewähre; die unteren Klassen kämen also trotz alledem gut weg.

Kollege Zipperer hebt hervor, daß das Pfennigsystem ja bei der II. Klasse schon bestanden habe, übrigens doch auch gerade bei dem von Wei vertretenen Leipziger Antrag vorgesehen sei. Ob 32 oder 33 Pfennig, mache doch technisch keinen Unterschied.

Kollege Röder vertritt den Antrag 39.

Kollege Moses bemerkt, daß er den gemessenen Auftrag bekommen habe, für den Antrag des Zentralvorstandes einzutreten; er müsse diesen Antrag aufrecht erhalten, werde aber bei seiner Ablehnung für den Kommissionsantrag stimmen.

Büch wies die Argumente der Kollegen Röder und Wei zurück. Der Kommissionsantrag sei mit schwerer Mühe zu Stande gekommen, aber thatsächlich der einzig gangbare Weg.

Müller erklärt sich jetzt mit einer Verminderung der Leistungen einverstanden; er bestritt, daß die III. Klasse verhältnismäßig besser wegkomme als die I. und II. Klasse.

Paul Schneider und Schröder rathen von weiteren Debatten ab, die Kommission habe doch lange genug gearbeitet und die Lage sei geklärt. Es sei verkehrt, wenn Einzelne meinten, sie hätten gebundenes Mandat, über das sie nicht hinaus könnten. Jeder hätte die Pflicht, einer etwaigen, hier gewonnenen besseren Einsicht zu folgen.

Weinschild behält sich und allen Delegierten das Recht vor, abweichende Ansichten auch gegenüber dem Kommissionsantrag zu vertreten. Er rath besonders ab von einer Erhöhung des Beitrags für die IV. Klasse.

Zipperer tritt für den Kommissionsantrag ein. Es treffe zu, daß die III. Klasse verhältnismäßig mehr erhalte als die beiden ersten.

Städter hält die Kommissionsvorschläge für unzureichend; sie werden kaum zur völligen Gesundung führen.

Ligner weist auf die Analogie der Versicherungsgesellschaften mit der Kasse hin; es gelte Versicherungstechnik als selbstverständlich, daß die höheren Gefahrenklassen stärker zur Deckung herangezogen werden müßten. Nach einigen kurzen persönlichen Bemerkungen der Kollegen Müller und Merzenich, welche letzterer sich gegen die Vorwürfe

Wei richtet, wird über den Kommissionsantrag abgestimmt, der gegen 8 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen wird.

Damit sind die Anträge 8 bis 13, 13a und 39 erledigt.

Den Antrag 14 begründet Müller; Brandmair bekämpft ihn, ebenso die Kollegen Falke, Paul Schneider. Kollege Göbde macht einige Mittheilungen über die Bremer Verhältnisse.

Antrag 14 und demnächst auch ohne Diskussion Antrag 15 werden abgelehnt.

Gegen Antrag 16 spricht Taschenberg. Demnächst werden die Anträge 16 bis 37 zur gemeinsamen Berathung verbunden.

Falke und Schlegel ergreifen zunächst des Wort.

Brandmair empfiehlt, den Antrag des Zentralvorstandes in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen.

Müller erkennt an, daß der Antrag 23 in mancher Beziehung die Sachlage trifft; er begründet sodann den Antrag 18, der mehr gestellt sei, um eine Aussprache herbeizuführen.

Brandmair hebt hervor, daß die Vorschläge des Zentralvorstandes mit Rücksicht auf die voraussichtliche Novelle gemacht seien; es solle möglichst dem vorgebeugt werden, daß die Novelle eine neue Generalversammlung nöthig mache.

Weinschild vertritt den Vorschlag, in Antrag 23 zu a und b an Stelle von 26 Wochen: 39 Wochen zu setzen; das sei um so unbedenklicher, als es ja selten praktisch werde; ferner wünscht er statt 36 Monaten: 24 Monate zu setzen.

Schopper hält die Stuttgarter Anträge für praktisch; sie trügen zur Klärung der Rechtslage bei. Merzenich vertritt den Antrag 36.

Brandmair tritt dem Kollegen Weinschild entgegen; die Formulierung: „26 oder mehr Wochen“ sei nöthig, um solchen Kassenmitgliedern zu begegnen, die sich nach der 37. oder 38. Woche gesund melden, um die Kasse so besser ausbeuten zu können. Nur die unzuverlässigen und die Kasse als milchende Kuh betrachtenden Mitglieder würden sich über die Annahme des Vorschlags von Weinschild freuen; die wirklich Kranken und Hilfsbedürftigen kämen dabei nur schlecht weg.

Paul Schneider tritt dem bei. Er hebt die Schäden hervor, die durch die großen Mängel der ärztlichen Untersuchungen herbeigeführt werden. Welche unerhörten Resultate dadurch eintreten könnten, zeige die Buchdruckerorts-kasse zu Berlin, die 90 Pfennig Wochenbeitrag erhebe und nur 10,50 Mark Höchstfrankengeld gewähre.

Otto Schneider ergänzt diese Ausführungen und befürwortet den Antrag des Zentralvorstandes.

Kollege Jost macht einige Einwendungen gegen den Antrag 23. Er bestritt, daß die Simulation eine so große Gefahr bilde; man solle ja die Rechte der Mitglieder nicht beschneiden, eine noch weitere Erhöhung der Beiträge erscheine vielleicht durchführbar. Der Grundsatz müsse sein: gegen höhere Beiträge viel zu leisten, nicht gegen niedrigere weniger.

Nach einigen Ausführungen des Kollegen Haydt polemisiert Brandmair gegen Jost, dessen Optimismus gar nicht gerechtfertigt sei; er hält gerade die Bestimmung, daß die Leistungen erst mit dem ersten Tag nach der Erkrankung beginnen, für unentsprechlich.

Kollege Nardten verteidigt den Antrag 23 in eingehenden Ausführungen; gerade diejenigen seien die gefährlichsten Mitglieder, die bei jeder geringsten Gelegenheit zum Arzt laufen und nie ausgetastet werden; gerade diese Mitglieder würden durch den Verlust des einen Tages wenigstens einigermaßen von den fortgesetzten, aus nichtigen Gründen erfolgten Krankmeldungen abgehalten werden. Doch sei es zu empfehlen, statt 36: 24 Monate beizubehalten.

Kollege Röder hält die 36 Monate für richtig. Er bespricht sodann mehrere der anderen zur Diskussion stehenden Anträge und befürwortet besonders auch den Antrag 27.

Kollege Zipperer wendet sich gegen den Antrag 16 und tritt für den Antrag 23 ein.

Berlinghoff verteidigt den Antrag 23 und bekämpft den Antrag 18.

Die Kollegen Bauer, Falke, Merzenich und Bähler sprechen zur geschäftlichen Behandlung der Anträge 16 bis 37.

Heller wendet sich gegen die Hinausschiebung des Beginns der Kassenleistung auf den Tag nach der Erkrankung; es müsse auch auf die Mitglieder Rücksicht genommen werden, die die Kasse nicht ausbeuten.

Schröder meint, es sei schon genug von den Leistungen gestrichen und an den Beiträgen vertheuert; er müsse sich gegen die weiteren Beschränkungen der Rechte wenden.

Bergmann tritt für den Antrag 23 ein, Weber desgleichen, jedoch mit der Einschränkung, daß an Stelle von 36 Monaten: 24 Monate zu setzen seien.

Städter verteidigt nochmals den Standpunkt des Zentralvorstandes.

Paul Schneider wendet sich gegen Fost, dessen Ausführungen über die Humanität unangebracht seien; gerade die Streichung des Erkrankungstags sei nötig und wichtig.

Kollege Brandmair schlägt vor, die einzelnen Theile des Antrags 23 nun besonders zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen; das wird auch von Blei empfohlen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Es wird auf Vorschlag Brandmairs zunächst auf den einleitenden Satz (vor a) eingegangen, der von Müller befürwortet und angenommen wird.

Zu a Abs. 1 ergreift Brandmair das Wort, der Annahme empfiehlt.

Falke und Berlinghoff vertreten das Verlangen, daß Bäder, Massage und dergleichen eingefügt werden.

Paul Schneider meint, das sei überflüssig, da ja Bäder unter „ähnliche Heilmittel“ fallen.

Müller betont, daß nach dem Statut oder wenigstens nach der Uebung „ähnliche Heilmittel“ nur bis zum Betrag von 15 Mark gewährt werden, daß also mit dem bestehenden Zustand nichts gethan sei; er vertritt den Standpunkt des Antrags 18.

Tilgner befürwortet nochmals den Antrag des Zentralvorstandes.

Inzwischen ist ein Antrag Falke eingegangen (23a):

„Vom Tage der Erkrankung an, auf die Dauer von 39 Wochen freie ärztliche Behandlung durch die von der Kasse bestimmten Aerzte, sowie die von denselben verordneten Medikamente, Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel; Bäder, Massage, Packungen zc. sind als Medikamente zu betrachten.“

Darnach wird zunächst der Antrag Falke abgelehnt, der Antrag 23 zu a Abs. 1 mit Zweidrittelmajorität angenommen.

Mit gleicher Mehrheit findet ohne Diskussion die Annahme des Abs. 2 im Antrag 23 zu a statt.

Kollege Büch schlägt vor, den Abs. b bei Berathung und Abstimmung in 3 Theile

1. bis zu „Leistungen“ auf Zeile 15;
2. bis zu „gewährt“ auf Zeile 25;
3. bis Schluß

zu trennen.

Damit ist die Versammlung einverstanden.

Der 1. Theil wird berathen. Fost beantragt dazu die Worte „erst“ und „noch“ zu streichen (Antrag 23b).

Schopper tritt für den Antrag Fost ein. Tilgner meint, daß gerade die Gerissenheit, mit der etwaige unlauntere Mitglieder die Statuten auszuliegen wüßten, für den Antrag des Zentralvorstandes und gegen Fost sprechen. Er weist auf die Bedeutung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die vorliegende Frage hin.

Brandmair wendet sich energisch gegen den Antrag Fost. Göbde tritt für ihn ein; er bemerkt, daß die Bremer Ortskasse zwar zunächst die ersten 3 Tage nicht zahle, aber diese 3 Tage nachzahle, wenn die Krankheit über eine Woche dauere. Fost verteidigt seinen Antrag. Es werde übertrieben, man dürfe von den Kranken und den Aerzten nicht so schlecht denken. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs habe keinen Werth, da die Arbeiter, die von ihm Gebrauch machten, nur ihre Arbeit verlieren würden.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Kollege Siegel spricht für den Antrag Fost.

Kollege Nordten tritt Namens der Leipziger Mitglieder für den Zentralvorstandsantrag ein. In Leipzig gäbe es Mitglieder, die gegen 3000 Mk. bezogen hätten und noch nicht aussteuerung seien. Gerade die Leipziger Verhältnisse nöthigten zu der vorgeschlagenen Vorsicht.

Hänfel schließt sich dem an.

Falke ist anderer Meinung. Gerade die Simulanten würden auch die neu vorgeschlagene Klippe zu umschiffen wissen, während die ehrlich Kranken leiden würden.

Otto Schneider schildert die Nachteile, unter denen die Kasse dadurch leidet, daß sie gegen Simulation nicht genügend geschützt und daß sie auch zum Vorbeugen gegen drohende Krankheit genöthigt sei, und bittet um Annahme des Vorstandsantrags.

Die Debatte wird geschlossen, der Antrag Fost angenommen.

Der dergestalt modifizierte erste Theil des Antrags 23 zu b wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Zu Theil 2 stellt Fost den Antrag, an Stelle von 36 Monaten 24 Monate zu setzen, ein Antrag, der bereits mit dem ersten Theile von Antrag 23 zu b erörtert ist.

Schopper tritt für Fosts Antrag ein.

Falke beantragt, an Stelle von „mehr Wochen“ zu setzen „39 Wochen“ (Antrag 22).

Bäder tritt für den Antrag des Zentralvorstandes ein.

Blei ist für den Antrag Fost, gegen den Antrag Falke. Moses ist gegen den Antrag Falke.

Brandmair wendet sich scharf gegen den Antrag Falke. Zum Antrag Fost führt er aus: die 36 Monate seien eingesetzt im Interesse der Kasse nach reiflicher Ueberlegung; werde es abgelehnt, so habe der Vorstand seine Pflicht gethan, die Folgen hätte die Generalversammlung zu verantworten.

Städter ist für den Antrag des Zentralvorstandes; Boller tritt für den Antrag Fost ein. Falke verteidigt seinen Antrag.

Darnach wird der Antrag Fost angenommen, der Antrag 22 abgelehnt und der Theil 2 mit der Modifikation Fost mit Zweidrittelmajorität angenommen.

Zu Theil 3 spricht Brandmair; er wird einstimmig angenommen.

Demnächst wird zur Wahl der Rechnungscommission geschritten. Otto Schneider, Büch und Falke werden gewählt.

Antrag 24 wird einstimmig angenommen.

Demnächst wird das Protokoll verlesen und genehmigt und die Versammlung um 2 Stunden vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung und Feststellung der Präsenz beantragt Paul Schneider, für die Delegirten einen Diätenbetrag von 10 Mk. festzusetzen, während Blei 12 Mk. vorschlägt.

Weinschild hält unter Bezugnahme auf den Gewerkschaftskongreß 12 Mk. für nicht zu hoch. Gegen 7 Stimmen wird der Satz von 12 Mk. angenommen.

Die Anträge 16 bis 21 werden abgelehnt; 22 bis 24 sind bereits erledigt.

Zu 25 bis 27, die verbunden werden, spricht Moses, Brandmair dagegen. Bäder hält den Grundgedanken des Antrags 27 für gut; Weins-

child tritt für den Antrag 27 ein. Merzenich regt an, zur Verwirklichung des Grundgedankens von Antrag 27 auf den Reservecapital für aussteuernde Mitglieder zurückzugreifen. Moses fragt an, wie viele aussteuernde Mitglieder zur Zeit in der Kasse seien. Die Anfrage kann mangels Material nicht beantwortet werden.

Die Anträge 25, 26, 27, 28, 29 für welche letzteren Schröder und gegen den Paul Schneider und Moses sprechen, während Schlegel einige Erfahrungen über ärztliche Zeugnisse mittheilt, und Brandmair bittet, nur redaktionelle Aenderungen aus Kostensrückichten zu unterlassen, werden abgelehnt.

Für Antrag 30 spricht Schröder, dagegen Brandmair, der auf den Antrag 40 verweist. Er wird abgelehnt.

Antrag 31 desgleichen; ebenso Antrag 32, nachdem Weinschild gegen ihn gesprochen hat.

Zu Antrag 33 wird von Kollege Dörfel ein Schreiben der Regensburger Ortsverwaltung verlesen, das den Antrag zu rechtfertigen sucht, während Dörfel sich seine selbständige Stellung demgegenüber vorbehält. Brandmair und Tilgner bekämpfen den Antrag, der abgelehnt wird.

Abgelehnt werden auch die Anträge 34 und 35, welche letzteren Brandmair und Weinschild nach Klarstellung der Rechtslage als selbstverständlich bekämpfen, während Hänfel ihn befürwortet.

Für Antrag 36 ergreifen Merzenich und Weber, gegen ihn Brandmair das Wort, indem er betont, die Doppelversicherer hätten schon genug Privilegien; ähnlich spricht sich Blei aus. Merzenich verteidigt seinen Standpunkt nochmals; die Kasse werde durch den Antrag nicht im Geringsten belastet. Paul Schneider empfiehlt, die Kosten der ärztlichen Atteste durch Vereinbarungen mit den Aerzten zu verringern. Merzenich verweist auf die Dortmunder Verhältnisse, wo die Aerzte nicht unter 1 Mark attestieren. Nach kurzen Bemerkungen Brandmairs, Sellers und Bleis, der mittheilt, daß Leipzig bei Annahme des Antrags in ein höchst schwieriges Dilemma gerathen würde, wird der Antrag abgelehnt.

Für Antrag 37 spricht Bauer, dagegen Fost und Blei; er wird abgelehnt.

Antrag 38 wird abgelehnt.

Die Anträge 40 bis 42 werden verlesen.

Nordten befürwortet Antrag 40. Weinschild desgleichen, aber mit der Modifikation, daß die Worte „das heißt“ durch „oder“ ersetzt werden.

Brandmair ergänzt den Antrag 40 dahin: dem § 10 Abs. 2 hinzuzufügen:

„die Kosten der ärztlichen Atteste hat in diesen Fällen das Mitglied zu tragen“ (Antrag 40a) und wendet sich gegen den Antrag Weinschild, der keine hinreichende Unterstützung findet.

Darnach wird Antrag 40 mit Antrag 40a mit Zweidrittelmehrheit angenommen, die Anträge 41 bis 42 abgelehnt.

Die Anträge 43 bis 45 werden gemeinschaftlich verhandelt. Ohne Diskussion werden die Anträge 44 bis 45 abgelehnt, Antrag 43 angenommen, und zwar mit Zweidrittelmehrheit.

Für Antrag 46 spricht Schröder, der Antrag findet die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht.

Antrag 47 wird abgelehnt.

Antrag 48 wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Für Antrag 49 spricht Schröder, dagegen Weinschild. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Anträge 50 und 51 werden verbunden. Der erstere wird abgelehnt. Moses fragt im Auftrag seiner Verwaltungsstelle an, weshalb Barmen und Elberfeld getrennt seien und erhält befriedigende Antwort.

Antrag 51 findet Zweidrittelmehrheit.

Antrag 52 wird abgelehnt.

Für Antrag 53 spricht Tafchenberg; er wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Antrag 54 und 55 werden verbunden.

Röder befürwortet eine Festlegung der Entschädigungen. Brandmair hält das für nicht empfehlenswert und den Antrag 53 für viel zu weitgehend. Schneider und Blei lassen sich ähnlich aus. Beide Anträge werden abgelehnt.

Ebenso Antrag 56.

Für Antrag 57, 2. Satz, ergreift Schopper das Wort; desgleichen tritt Röder für ihn ein. Brandmair bestreitet die Durchführbarkeit dieses Antrags; die Strafe würde eine Strafe für die Ortsverwaltungen werden. Schneider und Müller schließen sich dem an, Moses tritt für den Antrag ein, desgleichen Göbde und Schopper, Berlinghoff und Haydt, dagegen noch Nardten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Desgleichen Antrag 58.

Zu Antrag 59 sprechen Kurz und Röder. Der Antrag wird abgelehnt, desgleichen Antrag 60. Den Grundgedanken des Antrags 61 bezeichnet Schröder als beherzigenswert. Nardten empfiehlt die Extraausgabe des Statuts für den Fall eines Neudrucks des Statuts, desgleichen Keller und Weber. Für Ablehnung ist Woller.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 62 wird von Weber vertreten, von Brandmair mit Rücksicht auf die finanzielle Belastung bekämpft und abgelehnt.

Zu Antrag 63, der sogleich verhandelt wird, obwohl er an sich zu Punkt 8 gehört, spricht Schopper, der Stuttgart als Tagungsort empfiehlt. Weber ist für Magdeburg. Röder ist aus finanziellen Gründen gegen Stuttgart, für Magdeburg; desgleichen Göbde und Brandmair, die auch auf den Wortlaut des Statuts (§ 28) verweisen.

Antrag 63 wird angenommen, Antrag Schopper ist damit erledigt.

Antrag 64 findet nach einigen Bemerkungen Schröders und Müllers Ablehnung.

Nunmehr bringt Brandmair folgende Anträge ein, die einstimmig angenommen werden:

Nr. 65: Da der ausgesprochene Wille der Generalversammlung ist, daß die Kasse auch ferner dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 genügt, ermächtigt dieselbe den Vorstand der Kasse, falls seitens der oberen Aufsichtsbehörde an den beschlossenen Statutenänderungen Monita gemacht werden sollten, die Änderungen selbständig nach den Anforderungen der Aufsichtsbehörde vorzunehmen. Im Besonderen wird dem Zentralvorstand aufgegeben, falls die Fassung des Antrags 23 I und 40 von der Aufsichtsbehörde beanstandet werden sollte, die Abänderung im Sinne der Anträge 30 und 41 zu bewirken.

Nr. 66: „Der Kassenvorstand wird beauftragt, die beschlossenen Statutenänderungen als II. Nachtrag zu dem vom 1. Januar 1897 gültigen Statut der Kgl. Kreishauptmannschaft Leipzig und dem Reichskanzleramt zur Genehmigung einzureichen. Dieser Nachtrag soll mit dem 1. Oktober 1902, und wenn bis dahin die Genehmigung noch nicht erfolgt ist, von dieser ab, in Kraft treten.“

Zu Punkt 3 der Tagesordnung ergreift zunächst Paul Schneider das Wort. Er verweist auf die allgemeine Strömung in den Arbeiterorganisationen auf Besserung der Gehälter gerade der Arbeiterbeamten.

Er beantragt mit Rücksicht auf die großen Arbeitsaufwendungen der Kassenangestellten für jeden eine Gehaltserhöhung von 150 Mark. Blei begrüßt den Antrag Schneider. Wenn es auch Kassen gäbe, die schlechter zahlen, so seien doch die Gehaltsätze in den meisten Kassen höher als zur Zeit in der Zentralkasse der Buchbinder.

Auch Moses hat den Auftrag, Anträge auf Gehaltserhöhung zu befürworten.

Nardten ist für Erhöhung des Gehaltes des Zentralvorsitzenden; Schröder für den Antrag Schneider. Siegel hat den Auftrag, gegen die Erhöhung zu stimmen. Berlinghoff tritt für Erhöhung ein, ebenso Weinschild und Zipperer.

Der Antrag Schneider wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Zu Punkt 6 schlägt Blei vor, zwei Wahlkommissionen, je aus zwei Personen bestehend, zu bilden, von denen die erste die Wahl des ersten Vorsitzenden, ersten Kassiers, Schriftführers, der neun Ersatzmänner, der Ausschüßeratzmänner und der Revisorenersatzmänner, die zweite Kommission die Wahl des zweiten Vorsitzenden, zweiten Kassiers, der vier Beisitzer, des Ausschusses und der Revisoren vorzunehmen hat.

Walter und Keller werden zur ersten Kommission, Bauer und Röder zur zweiten Kommission gewählt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Es werden in der vorgeschriebenen Form gewählt: zum ersten Vorsitzenden Brandmair mit 38 Stimmen;

zum zweiten Vorsitzenden Zipperer mit 37 Stimmen;

zum ersten Kassier Stäbter mit allen abgegebenen 36 Stimmen;

zum zweiten Kassier Pfütze-Weipzig mit 38 Stimmen;

zum Schriftführer: Taschenberg mit 38 Stimmen;

zu Beisitzern:

A. Schröder, Reichmann, Gerwin und Zinke, sämtlich Leipzig, mit allen abgegebenen 34 Stimmen;

als Ersatzmänner: Bergmann, Könnede, Woferau, König, Schabile, Emil Roth, M. Schneefuß, Gustav Glaubig, H. Seidel, sämtlich Leipzig, mit 38 Stimmen;

für den Ausschuß mit allen abgegebenen 36 Stimmen:

W. Tilgner, Alfred Schneider, G. Bäßler, Karl Wiese, Wilhelm Michales, sämtlich aus Berlin;

als Ersatzmänner für den Ausschuß: Ludwig Woller, Albert Somann, Leo Schlopper, August Durow, Julius Krause, sämtlich Berlin, mit allen abgegebenen 34 Stimmen.

Zu Punkt 7 werden Krempler und Liebesmann, beide Leipzig, als Revisoren vorgeschlagen und formgerecht mit allen abgegebenen 31 Stimmen gewählt;

als Ersatzmänner ebenso mit 37 Stimmen Arnold und Bangrod.

Zu Punkt 8 beantragt Brandmair, das Protokoll der Generalversammlung als Beilage zur „Buchbinder-Zeitung“ zur Veröffentlichung zu bringen.

Weinschild beantragt, den Bericht auch der „Portefeuille-Zeitung“ beizulegen.

Beide Anträge werden angenommen.

Paul Schneider beantragt: der Verwaltungsstelle Berlin für ihre Unkosten aus Anlaß der Generalversammlung 50 Mk. zuzubilligen, und den beiden Zeugen pro Tag 7,50 Mk. zu zahlen.

Beide Anträge werden angenommen.

Desgleichen ein Antrag Brandmairs, dem Dremer, Stuttgarter und Berliner Kassier je eine geringe Zahl verlorener Marken kostenlos zu ersetzen.

Nach einigen kurzen weiteren Erörterungen dankt Kollege Galisch der Berliner Verwaltung für die freundliche Aufnahme und die Bemühungen, den Delegierten den Berliner Aufenthalt nach Kräften anregend und angenehm zu gestalten.

Darnach wird dieses Protokoll verlesen und unterschrieben.

Georg Bäßler,
Franz Robert Blei,
Ludwig Woller,
Gustav Galisch,
Paul Jahn als Zeuge,
Gustav Reuter als Zeuge,
Dr. R. Liebknecht.



Zweiter Nachtrag

zu dem vom 1. Januar 1897 giltigen revidirten

Statut der Central-Kranken- und Begräbniskasse

der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige

(Eingeschriebene Hilfskasse).

Zu der am 29. und 30. Juni abgehaltenen Generalversammlung sind folgende Statutenänderungen beschloffen worden:

§ 7 Abs. 3 soll lauten: Die wöchentlichen Beiträge richten sich nach der Höhe des Verpflegungsgeldes und betragen in I. Klasse 45 Pfennig, II. Klasse 38 Pfennig, III. Klasse 33 Pfennig, IV. Klasse 22 Pfg.

§ 8 Abs. 2 soll lauten: Als Krankenunterstützung wird den versicherungspflichtigen Mitgliedern und denen, welche nicht gesetzlich anderweitig versichert sind, gewährt:

a) vom Tage der Erkrankung an, auf die Dauer von 26 Wochen, freie ärztliche Behandlung durch die von der Kasse bestimmten Aerzte, sowie die von denselben verordneten Medikamente, Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel.

(Für Mitglieder, welche sich von einem anderen als dem von der Kasse engagirten Arzt behandeln lassen, zahlt die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, an Honorar nur diejenigen Sätze, wie sie mit dem Kassenarzt vereinbart sind.)

b) Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage der Erkrankung die im § 2 unter a bezeichneten Leistungen, sowie ein Krankengeld nach § 10, und zwar für diejenigen Mitglieder, welche der Kasse mindestens 52 Wochen angehört haben, auf die Dauer von 39 Wochen, für solche, welche noch nicht 52 Wochen, jedoch mindestens 26 Wochen Mitglied, 26 Wochen und für diejenigen, welche vor Ablauf von 26 Wochen ihrer Mitgliedschaft erkranken, auf die gesetzliche Mindestdauer nach Beginn des Krankengeldbezugs. Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach dem Ablauf der gesetzlichen Mindestdauer, so endet mit dem Bezug des Krankengeldes auch zugleich der Anspruch auf die im Abs. 2a bezeichneten Leistungen. Ist je nach Bezugsberechtigung

im Laufe eines Zeitraums von 12 Monaten (vom Beginn des Krankengeldbezugs an gerechnet) die Unterstützung mit oder ohne Unterbrechung für die gesetzliche Mindestdauer für 26 oder mehr Wochen gezahlt, so wird nach ärztlich konstatirter Heilung bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalls, wenn zwischen demselben und der letzten Krankenunterstützung weniger als 24 Monate liegen, nur Unterstützung auf die gesetzliche Mindestdauer gewährt. Bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalls, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt ist, wird im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur für die gesetzliche Mindestdauer gewährt.

§ 8 Abs. 2c des Nachtrags ist aufgehoben.

§ 10 Abs. 1 und 2 sollen lauten: Abs. 1. Das Krankengeld beträgt:

	täglich	wöchentlich
I. Klasse . . .	2 Mk. — Pf.	12 Mk. — Pf.
II. " . . .	1 " 70 "	10 " 20 "
III. " . . .	1 " 45 "	8 " 70 "
IV. " . . .	— " 95 "	5 " 70 "

§ 10 Abs. 2. Nicht versicherungspflichtige, das heißt solche Mitglieder, welche nachweislich noch anderweitig, und zwar bei einer auf Grund des Gesetzes errichteten Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung gegen Krankheit versichert sind, erhalten an Stelle der im § 8 Abs. 2a gedachten Leistungen und auf die in § 8 Abs. 2b festgesetzte Dauer ein Krankengeld, und zwar:

	täglich	wöchentlich
I. Klasse . . .	2 Mk. 50 Pf.	15 Mk. — Pf.
II. " . . .	2 " 20 "	13 " 20 "
III. " . . .	1 " 95 "	11 " 70 "
IV. " . . .	1 " 26 "	7 " 50 "

Die Kosten der ärztlichen Atteste hat in diesem Falle das Mitglied zu tragen.

§ 10 Abs. 3 und 4 und § 11 Abs. 5 soll es anstatt 13 Wochen heißen „für die gesetzliche Mindestdauer“.

§ 13 Abs. 2 soll lauten: Sofern ein Mitglied der Kasse 5 Jahre voll steuernd angehört, wird ein um 10 Mark höherer Betrag und nach zehn Jahren steuernder Mitgliedschaft um 20 Mark höherer Betrag, und zwar derjenigen Klasse, welcher das Mitglied zuletzt, aber mindestens 3 Jahre, angehört, ausbezahlt.

§ 27 Abs. 14 soll lauten: Wahlabtheilung 1: Leipzig. 2: Berlin. 3: Offenbach. 4: Stuttgart. 5: Hannover. 6: Dresden. 7: Frankfurt a. M. 8: München. 9: Hamburg. 10: Nürnberg. 11: Bieber. 12: Annaberg, Buchholz, Freiberg, Chemnitz, Schemma. 13: Halle, Altenburg, Gera, Gotha, Apolda, Schleiz. 14: Magdeburg, Bielefeld, Braunschweig, Hagen, Hilbesheim. 15: Stettin, Neu-Ruppin, Schwerin, Breslau, Brieg, Bremen, Oldenburg, Altona. 16: Aachen, Köln, Bonn, M.-Glabbech. 17: Düsseldorf, Dortmund, Dülmen, Darmen, Essen, Herlorn. 18: Kevelaer, Eibersfeld. 19: Würzel, Fachsenheim. 20: Oberishausen, Heusenstamm. 21: Mühlheim, Rumpenheim, Kl.-Steinheim, Grünstadt, Heilbronn. 22: Bergen, Hausen, Hanau. 23: Mannheim, Mainz, Karlsruhe, Wiesbaden, K.-Volanden, Randel. 24: Freiburg, Lahr, Neuklingen, Ulm. 25: Regensburg, Würzburg, Fürth, Erlangen, Augsburg, Konstanz. 26: Die einzelstehenden Mitglieder.

§ 32 Abs. 3 ist anzufügen: Mitglieder, welche an Orten beschäftigt sind, für welche örtliche Verwaltungsstellen nicht bestehen, haben ihre Beiträge an die Hauptkasse abzuführen.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Oktober 1902, spätestens mit seiner Genehmigung in Kraft.

